

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementpreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pf. • Platzvorstellungen ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 57613. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegramm-Adresse: Altkverband Bochum.

Der Zoll - ein Feind des Fortschritts.

Das eine Agrarkrise nicht nur in Deutschland, sondern international besteht, ist bekannt. Im letzten Jahre wurde diese Krise sehr verschärft durch die gute Weltweizenernte, die einen Preis für Weizen herbeiführte, der zum Beispiel dem deutschen Landwirt bei viel höherem Ernteertrag einen weit geringeren Gesamterlös einbrachte als eine schlechte Ernte. Durch die in manchen Ländern übliche Weizenbauflächen auf Kosten anderer landwirtschaftlicher Produkte übermäßig erweitert wurden. Selbstverständlich ist dann eine Überproduktion mit nachfolgendem Preissturz.

Die Agrarkrise hat aber auch ganz allgemeine Ursachen, die ebenfalls vielfach international auftreten. Die Preise für Industriewaren sind überall mehr gestiegen als die für landwirtschaftliche Produkte, so daß der Landwirt für eine bestimmte Menge landwirtschaftlicher Produkte viel weniger Industriewaren kaufen kann als vor dem Kriege. Das wirkt sich infolge der relativ hohen Preise für Maschinen, Düngemittel usw. nicht nur augenblicklich und vom Standpunkt der Einnahmen ungünstig für den Landwirt, sondern ganz allgemein ungünstig aus. Kann der Landwirt nicht die notwendigen Maschinen kaufen, so ist technische Rückständigkeit des Betriebes die Folge. Kann er nicht genügend künstlichen Dünger kaufen, so bleibt der Ertrag weit zurück. Beides liegt nicht im Interesse des Landwirts, aber auch nicht im Interesse der übrigen Bevölkerung. Die Arbeiterschaft hat sogar ein besonderes Interesse an einer technisch hochentwickelten, leistungsfähigen Landwirtschaft. Eine solche kann den Landarbeitern eine anständige Existenz bieten und damit die Gefahr vermindern, die durch die Verdrängung durch die Industriearbeiter in ihrem Lohn und damit in ihrer Lebenshaltung bedroht. Eine solche Landwirtschaft kann aber auch erfolgreich sich gegen ausländische Konkurrenz behaupten und Lebensmittel billiger liefern als eine rückständige Bauernschaft.

Radikale Hilfe wäre auf diesem Gebiet auch durch internationale Verständigung möglich. Länder, in denen der Großgrundbesitz vorherrscht, bevorzugen den Getreideanbau und vernachlässigen andere landwirtschaftliche Produkte. In Rußland, den baltischen Ländern usw. wurde nach dem Kriege der Großgrundbesitz zerstückelt, den Bauern fehlte aber das Betriebskapital, um die Erzeugung von Veredelungsprodukten, Milch, Käse, Eier, Gemüse, so zu steigern, wie das möglich wäre.

Die Absatzorganisationen der Landwirtschaft sind überall noch so wenig ausgebaut, daß ein wucherischer Zwischenhandel sich zwischen Bauern und Konsumenten einschleibt, wodurch der Bauer zu wenig bekommt und der Konsument zu viel zahlt.

Die mangelnde Kaufkraft der breiten Bevölkerungsschichten ist ein weiterer wichtiger Grund dafür, daß die Agrarkrise eine Ausdehnung genommen hat, wie es der Fall ist. Dem schaffenden Bauern muß geholfen werden, weil das im Interesse des Volksganzen liegt. Aber der Zoll kann nicht schaffen! Eine Anzahl von Zöllen mitten unter den Bauern überhaupt nichts. Ausländisches Schmalz kostete 1928 im Durchschnitt in Berlin 77 Pf., inländisches 1,10 M. Wird durch Zoll das ausländische Schmalz etwas verteuert, so kauft deshalb kein Arbeiter inländisches Schmalz, der deutsche Bauer hat also an solchem Zoll gar kein Interesse. Der Zoll verteuert aber den Auslandspreis, der Verbraucher ist der arme Konsument. Hochzölle fördern den Besitzwechsel in der Landwirtschaft, sind eine Schande ohne Ende, da nach Hinzuwachsen der Preise für Grund und Boden die alten Zölle nicht mehr genügen. Die Hochzollpolitik ist aber auch auf die Dauer unmöglich bei der immer engeren weltwirtschaftlichen Verflechtung. Die Weltwirtschaftskonferenz in Genf hat sich für den Abbau der Zollmauern ausgesprochen und der Deutsche Reichstag hat diese Empfehlung angenommen. Trotzdem hört die Zolltreiberei in Deutschland nicht auf.

Aus den verschiedensten Seiten lagen dem Reichstag Zollsenkungsanträge vor, die den Empfehlungen von Genf ins Geheiß kamen und die Konsumenten mit unerhörter Belästigung bedrohten. Das Schlimmste ist bisher noch abgewehrt worden, aber es hat sich, besonders in den nichtöffentlichen Verhandlungen, ganz klar gezeigt, daß dieser Reichstag eine sichere Basis für mehr Freiheit in den bürgerlichen Parteien hat. Zwar hat sich in landwirtschaftlichen, ja in politisch deutschnationalen Kreisen die Erkenntnis schon Bahn gebrochen, daß andere Mittel als der Zoll geeignet sind, dem Bauern zu helfen, aber einwilligen langt es doch noch nicht zu gesetzgeberischer Arbeit in diesem Sinne. Für die programmatischen Forderungen der Arbeiterschaft auf diesem Gebiet herrscht noch zu wenig Verständnis. Soweit diese Forderungen sich auf das Bodenrecht beziehen, ist die Segnerenschaft der Besitzenden begrifflich. Aufhebung der Fideikomisse, Enteignung der Bodenflächen, die wegen der Größe des Besitzes extensiv (ungenügend) bewirtschaftet werden, vernünftige Siedlung, Sicherung der Grundrente für die Gesamtheit durch Reform der Erbschaft, des Erbbaurechts, des Rentenrents und der Reichsheimstätte sind Forderungen, für die sich ein Großagrarier natürlich nicht begeistern kann.

Aber schon in der Frage der Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung sollte eine Verständigung der Arbeiterschaft mit anderen Teilen möglich sein, um gesetzgeberisch rascher vorwärtskommen als bisher. Das landliche Bildungswesen und Fortbildungswesen könnte in hohem

Maße zur Förderung der Erzeugung beitragen. An vielen landwirtschaftlichen Winterschulen besteht mehr als die Hälfte der Prüfungen nicht einmal im Lesen und Schreiben die erforderlichen Elementarinstrumente Betriebsberatung, landwirtschaftliches Versuchswesen, Genossenschaftsförderung, Ausbau des Verkehrswezens und vieles andere sind Fragen, in denen eine Verständigung nicht schwer sein sollte. Über die Erfahrung geht, daß auch hier engstirnige Bestimmung das Beste hindert. Oeffentliche Kontrolle über Erzeugung und Vertrieb landwirtschaftlicher Produktionsmittel, Maschinen, Geräte, Kunststoffe usw. müßte hinzukommen, um der Landwirtschaft hierfür erträgliche Preise zu sichern.

Statt dessen kamen verrückte Zollforderungen, die zum Teil überhaupt nicht helfen können, zum anderen aber die Handelsbeziehungen Deutschlands, seine Ausfuhr bedrohen und damit Arbeitämlichkeit und Kaufkraft weiter bedrohen.

Die schlimmsten Folgen einer solchen Zollpolitik sind die handelspolitischen. Obwohl wir aus dem Unternehmerlager ständig das Geschrei hören, wie notwendig die Förderung der deutschen Ausfuhr sei, wie von ihr das wirtschaftliche Wohl Deutschlands viel mehr noch abhängig wie von hohen Zöllen in Deutschland, tut dieser neue Zoll fürger Block alles, um diese Ausfuhr zu gefährden! Wenn Deutschland auf eine Ware, deren Einfuhr nach Deutschland für ein Land von Bedeutung ist, einen höheren Zoll legt, beschneidet es natürlich die Gefahr heraus, daß dieses Land in ähnlicher Weise antwortet, also den Zoll für deutsche Ausfuhrwaren erhöht oder die Waren aus einem anderen Lande bezieht, von dem es besser behandelt wird.

Länder wie Dänemark und Holland sind auf die Ausfuhr von Fleisch, Butter usw. angewiesen, sie sind aber auch Abnehmer vieler deutscher Waren. Bitter bezog Deutschland von Januar bis April d. J. 415 635 Doppelzentner aus dem Ausland, davon aus Dänemark 154 758 Doppelzentner, aus Holland 97 102 Doppelzentner. Einige allgemeine Zahlen mögen die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland einerseits und Holland und Dänemark andererseits beleuchten.

Im Lebensmittel, Getränken, Vieh führte Deutschland von Holland ein in der Zeit von Januar bis März 1929 für 97 Millionen Mark, die Ausfuhr in gleichen Waren hatte einen Wert von 14,6 Millionen Mark. An Rohstoffen und halbfertigen Waren bezog Deutschland in derselben Zeit von Holland für 30 Millionen Mark, es führte aber aus nach Holland für 50,5 Millionen Mark. An Fertigwaren bezog Deutschland von Holland für 21,6 Millionen Mark, es führte nach Holland aus für 200 Millionen Mark! Unter der Ausfuhr befanden sich Waren im Wert:

Stein- und Braunkohlen, Nebenprodukte	21,6 Mill. M.
Textil- und Lebensmittel	53,3 " "
Eisen, Eisenwaren	49,4 " "
Maschinen, Feinmechanik, elektrotechnische Waren	46,5 " "

Dänemark zeigt ein ähnliches Bild. Deutschland bezog in genannter Zeit von Dänemark Waren im Wert von 82,3 Millionen Mark, es führte dahin aus für 91,1 Millionen Mark.

Mit Frankreich liegt das Verhältnis ähnlich. Im reinen Warenverkehr wurden aus Frankreich eingeführt Waren im Werte von Millionen Mark:

1913	789,9
1928	809,4

Ausgeführt wurden:

1913	583,2
1928	981,6

Unter den Einfuhrwaren befanden sich 1928 (Wert in Millionen Mark):

Legatien (Rohstoffe, Garne, Gewebe)	279,7
Eisen, Eisenwaren	219,0
Obst, Getreide	27,9
Milch, Molkeerzeugnisse	6,4

Unter den Ausfuhrwaren befanden sich 1928 (Wert in Millionen Mark):

Kohlen, Holz, Ammorciat	242,6
Maschinen	64,7
Eisen, Eisenwaren	46,3
Holzwaren, Holz, Papier	98,8
Zucker	22,3
Legatien	35,7

Vom Gesamtmarkt Deutschlands machten 1928 die Einfuhr 6,8 Prozent, die Ausfuhr 6,7 Prozent aus. Wie sehr durch engstirnige Interessentpolitik Zollvertragsverhandlungen erschwert werden, zeigt das deutsch-österreichische Beispiel. In beiden Staaten hat man sich durch Reichstagsbeschlüsse usw. festgelegt, einen Weg zu suchen, der zu einer Wirtschaftsunion zwischen Deutschland und Oesterreich führt. Erschwert wird die Erreichung dieses Zieles durch die Meistbegünstigungsklausel in vielen Handelsverträgen. Wenn einem Staat ein niedrigerer Zoll für ein Produkt gewährt wird, so ist er auf Grund dieser Klausel auch allen anderen Staaten zu gewähren, die diese Klausel in ihren Verträgen haben. Aber abgesehen von dieser Schwierig-

keit zeigen die seit zwei Jahren laufenden deutsch-österreichischen Verhandlungen, daß beiderseits Interessengruppen den Konkurrenzkampf zu reglementieren versuchen, statt auf eine Verschmelzung der Wirtschaftsbereiche hinzuarbeiten.

In den jüngsten Reichstagsverhandlungen gelang es noch, hohe Zölle abzuwehren, aber die Gefahr der Zöllerei ist damit nicht beseitigt, sie kehrt wieder!

Die Sozialdemokraten bemühten sich um ein Getreidemonopol, mit dem die Getreidepreise auf einem für Bayern und Konsumenten erträglichen Stand gehalten werden sollten. Das Monopol scheiterte, weil die Händlerkreise, die besonders bei den Demokraten Rückhalt finden, Sturm liefen und weil die Landwirtschaftsvertreter zu hohe Preise forderten. Der sozialdemokratische Antrag forderte:

„An Stelle der Getreidezölle ist ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide und Mühlenprodukten einzuführen. Für die Preispolitik dieses Monopols sind durch ein Reichsgesetz bindende Richtlinien aufzustellen, die dem Erzeuger einen angemessenen Ertrag seiner Arbeit und einen Ersatz seiner Aufwendungen sichern, ohne daß dem Verbraucher unnötige Lasten auferlegt werden. Die Monopolverwaltung ist mit dem Rechte auszustatten, ausländisches Getreide zollfrei einzuführen. Sie soll ferner verpflichtet sein, auch inländisches Getreide zu erwerben, soweit dies zur Sicherung der inländischen Erntebewegung und zur Stabilisierung der Inlandspreise erforderlich ist.“

Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten gegen alle Zollerhöhungen. Beschlossen wurden die folgenden, noch nicht sehr wesentlichen Änderungen:

Getreide: Die Zwischenzölle für Weizen, Roggen und Hafer, die bisher 5 M. für den Doppelzentner betragen, sollen aufgehoben werden. Voraussetzungen im Juli treten die Sätze des deutsch-schweidischen Handelsvertrages (Schweidezölle) in Kraft. Das sind 6 M. für Roggen und Hafer, 6,50 M. für Weizen. Die Absichten auf weitergehende Erhöhung der Zölle sind verhindert worden. Nach dem 15. Februar 1930, dem Ablauf des schweidischen Handelsvertrages, könnten die autonomen Zölle - 7 M. für Roggen und Hafer, 7,50 M. für Weizen - in Kraft treten.

Mehl: Der Mehlzoll ist durch den kroatischen Handelsvertrag auf 11,50 M. für den Doppelzentner festgesetzt. Die Rechtsparteien verlangten den Abschluß eines Zusatzabkommens mit Frankreich, das der Regierung die Freiheit geben sollte, den autonomen Zoll auf 18,75 M. einzuführen. In langwierigen Verhandlungen konnte die Sozialdemokratie diese Gefahr befähigen. Es wird jetzt bestimmt, daß der Mehlzoll nur in dem bisher geltenden Verhältnis zum Getreidepreis, also auf höchstens 14,50 M. festgesetzt werden kann.

Vieh und Fleisch: Die Forderung der Rechtsparteien auf Gleichsetzung der Zölle auf Lebendvieh mit den Zöllen auf Fleisch ist abgewehrt worden. Es bleibt vorläufig bei den bisherigen Sätzen. Die zollfreie Einfuhr des Gefrierfleischkontingents bleibt in der bisherigen Höhe bestehen.

Bei dem Zuckersoll war es im Dezember 1928 den Sozialdemokraten gelungen, Zoll und Konsumentenstich miteinander zu vereinigen. Wenn der Zuckersoll über 21 M. stieg, sollte der Reichsfinanzminister das Recht haben, den Zoll außer Kraft zu setzen, um den Preis zu senken. Das Zentrum beantragte nun, diese Bestimmung zu ändern, so daß ein Zuckersoll von 23 M. erreicht wurde. Es gelang, diesen Vorstoß zum Teil abzuwehren. Zu dem Preis von 21 M. soll während neun Monaten des Erntejahres ein Zuschlag für Lagerung, Spesen usw. von monatlich 15 Pf. treten, so daß der Preis auf 22,35 M. steigt, um dann drei Monate 21 M. zu betragen und dann wieder um 15 Pf. monatlich anzusteigen.

Schäntner war es mit dem Butterzoll. Dieser beträgt jetzt im Höchstmaß 30 M. je Doppelzentner, nach Handelsverträgen 27,50 M. Hier wurde eine Erhöhung auf 30 M. gefordert, was eine Vertenerung im Kleinhandel von 50 bis 60 Pf. je Pfund bedeutet hätte. Hier wurde durch Verhandlungen ein Erziehungszoll von 50 M. erreicht, der ab 1935 auf 40 M. und ab 1936 auf 30 M. herabgesetzt werden soll. Eine praktische Bedeutung hat dieser Beschluß noch nicht, solange nicht eine Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages erfolgt ist.

Beim Kartoffelzoll wurde der Zoll auf Frühkartoffeln, der 4 M. für den Doppelzentner beträgt, bis 31. August verlängert. Der Zoll auf Spätkartoffeln wurde von 1,50 M. auf 2 M. erhöht. Die Vertragszölle bleiben bestehen, so daß auch die Erhöhung der selbständigen Zollsätze sich vorläufig nicht auswirken kann.

Die sozialdemokratische Fraktion und die Kommunisten haben gegen diese Beschlüsse gestimmt, sie sind von der bürgerlichen Mehrheit angenommen worden. In langen und schwierigen Verhandlungen hat die Sozialdemokratie aber trotzdem erreicht, daß die maßlosen Zollerhöhungsanträge der agrarischen Verbände und der Rechtsparteien wesentlich herabgemindert worden sind. Es muß vor allem festgehalten werden, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch in dem bisherigen Umfang erhalten bleibt und die Zölle auf Vieh nicht erhöht werden.

Sozialpolitische Mitarbeit.

Die letzten Wochen der Reichstagsarbeit waren gekennzeichnet durch einen erbitterten Kampf um die Sozialpolitik, der sich in seinen entscheidenden Abschnitten hinter den Kulissen, in interfraktionellen Verhandlungen der Regierungsparteien abspielte. In erster Linie war es die Deutsche Volkspartei, die durch ihren sozialreaktionären Standpunkt diese Verhandlungen erschwerte, dann war es daneben die schlechte Finanzlage des Reichs, die wesentliche Fortschritte hinderte.

Am das heiße Eisen der Schlichtungsordnung wagte man sich nicht heran, wenn auch zu dieser Frage die programmatischen Forderungen der Unternehmerverbände vorlagen.

Der Hauptsturm der Volkspartei galt der Arbeitslosenversicherung, die sie grundlegend zu verschlechtern strebte. Sie fand hier einen unantastbaren Gegner in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften. Mißstände auf dem Gebiet dieses Gesetzes wurden von den letzteren anerkannt, ihre Beseitigung müßte aber nur 20 bis 30 Millionen Mark ersparen und zu dieser Beseitigung brauchte man kaum große gesetzliche Änderungen, sondern in der Hauptsache Verwaltungsmaßnahmen. Die finanzielle Sicherung der Versicherung konnte durch solche kleinen Maßnahmen nicht erreicht werden. Eine, wenn auch nur vorübergehende Beitragserhöhung wäre notwendig gewesen, um diese Sicherung vorzubereiten. Die Volkspartei setzte alles daran, diese Beitragserhöhung zu verhindern; sie fand Unterstützung auch bei den Deutschnationalen, Demokraten, Wirtschaftsparteilern und Kommunisten. Der Reichsarbeitsminister Wiffell legte dem Kabinett ein „Sofort-Programm“ vor und brachte damit eine wenn auch befristete Beitragserhöhung in Verbindung. Die Sozialdemokraten waren nicht gewillt, die Sofort-Programm-Änderung ohne Beitragserhöhung mitzumachen. Die „Reform“ ist nun auf den Herbst vertagt. Durch die Vereitelung der Beitragserhöhung entgeht der Reichsanhalt eine große Summe von Einnahmen. Man darf annehmen, daß die Volkspartei gerade dies wollte, um im Herbst die finanzielle Lage der Reichsanhalt so vorzufinden, wie sie sie für ihre Absaugende wünscht. Ihr Plan wird nicht gelingen, weil Sozialdemokratie, Kommunisten und auch das Zentrum einen solchen Abbau nicht mitmachen können. Daß die Sozialdemokraten, Kommunisten und freien Gewerkschaften ihren Standpunkt nicht ändern werden, ist selbstverständlich. Auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat sich Anfang Juli erneut in dieser Frage festgelegt mit der folgenden Entschiedenheit:

„Bei dem gegenwärtigen Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung treten in starkem Maße Bestrebungen zutage, die auf eine Gefährdung der Grundlagen der Arbeitslosenversicherung und auf eine ungerechte Benachteiligung der unverschuldet von Arbeitslosigkeit und Not Betroffenen hinauslaufen. Insbesondere gehen auch in letzter Zeit im Reichstag gestellte Anträge über das Ziel einer Befreiung von Mißständen in der Arbeitslosenversicherung weit hinaus und bedeuten eine untragbare und unmögliche Verschlechterung der Versicherungsleistungen.“

Die christlichen Gewerkschaften sind bereit, alle Bestrebungen auf Beseitigung von tatsächlichen Mißständen zu unterstützen, sie wenden sich aber nachdrücklich und entschieden gegen die Anträge auf Verschlechterung der Versicherungsleistungen, deren Verwirklichung die Not der breiten Volksschichten noch erheblich steigern würde.“

Ein Sachverständigenausschuß hat die Aufgabe bekommen, zu prüfen:

„Welche Maßnahmen sind zur endgültigen Reform der Arbeitslosenversicherung notwendig, um die Reichsanhalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung finanziell leistungsfähig zu erhalten, ohne daß dadurch ihre sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben gefährdet werden?“

Der Ausschuß trat am 2. Juli zusammen. Er besteht aus 22 Vertretern des Reichstages, der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentlichen Körperlichkeiten, sowie aus 22 Stellvertretern. Dazu kommen dann noch als Mitglieder des Ausschusses Dr. Ehrup, der Präsident der Reichsanhalt Dr. Derich, der Präsident des Spruchsenats für Arbeitslosenfragen Professor Göb-Brües, Stadtrat Fischer (Nürnberg) und Professor v. d. Seyde.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion im Ausschuß sind Graßmann und Aufhäuser, die Vertreter der freien Gewerkschaften Splietz und Dr. Böcker vom ADGB, ihre Stellvertreter Böhre vom Landarbeiterverband und Drügemüller vom Handwerkerbund. Der Vertreter des ADGB-Bundes ist Fritz Schröder, sein Stellvertreter Dr. Groner.

Die Krifenunterstützung, die am 6. Juli abließ, ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers verlängert, leider nicht unverändert. Die Ausgaben für die Krifenunterstützung übersteigen schon die im Etat ausgeworfenen Mittel. So ist der Personenkreis weiter eingesengt und auch der Bergbau, wie früher, von der Krifenunterstützung ausgenommen. Erhalten blieb die Bestimmung, wonach die Waisen der Landarbeitersämter in Gemeinden mit nicht mehr als 50 000 Einwohnern Personen aus solchen Berufsgruppen in die Krifenfürsorge hineinnehmen können, wenn infolge ungewöhnlicher Umstände oder Ereignisse (Beschneidungen!) ein langanhaltender Notstand auf dem Arbeitsmarkt besteht. Die Ausnahme der jugendlichen Arbeitslosen aus der Krifenunterstützung ist eine Härte, die regierungsfreudig mit zwingender Notwendigkeit und dem Hinweis darauf begründet wird, daß es sich nur um 11 000 Personen handle.

In der Invalidenversicherung ist endlich die Novelle zur Vergütung unter Dach und Fach gebracht.

Nach dieser Novelle sollten aus dem Mehraufkommen aus der Lohnsteuer von über 1300 Millionen Mark 75 Millionen Mark der Knappschaft zugeführt und der Rest zur Sicherung und zum Ausbau der Invalidenversicherung verwendet werden. Der Streit um Verbesserungen in der Invalidenversicherung tobte in dem interfraktionellen Ausschuß des Reichstags wochenlang. Bedeutenden Änderungen, wie Herabsetzung der Altersgrenze in der In-

validenversicherung, erhebliche Rentenerhöhung usw., widerstanden sich die Bürgerlichen, am meisten die Deutsche Volkspartei. Es gelang schließlich nur, eine geringe Rentenerhöhung durch Erhöhung des Steigerungsbetrages durchzuführen. Sie beträgt im Durchschnitt etwa 1,80 M. je Monatsrente, steigt bis zu 2,60 M., soll aber nicht unter 1 M. betragen. Es wurden erhöht die Steigerungsbeträge in den Lohnklassen:

I	von 3 auf 4 M.
II	„ 6 „ 8 „
III	„ 12 „ 14 „
IV	„ 18 „ 20 „
V	„ 27 „ 30 „

Bei den vor dem 1. Oktober 1929 festgestellten und an diesem Tage noch laufenden Renten der Invalidenversicherung, die einen Steigerungsbetrag für die Beitragsjahre vor dem 1. Oktober 1929 enthalten, wird der Gesamtsteigerungsbetrag für diese Beitragsjahre mit Wirkung vom 1. Oktober 1929 ab um 15 Prozent erhöht, jedoch um mindestens 12 M., bei Waisenrenten um mindestens 6 M. für das Jahr.

Die Höhe der neuen Rente ist den Berechtigten mitzuteilen. Das neue Gesetz beseitigt außerdem jenes alte Unrecht gegen die Hinterbliebenen (Witwen) eines Versicherten, der schon vor dem 1. Januar 1912 Invalide wurde oder gestorben war. Nunmehr haben vom 1. Oktober ab Anspruch auf Fürsorge auch die Hinterbliebenen solcher Versicherten, die am 1. Januar 1912 bereits verstorben oder die an diesem Tage dauernd erwerbsunfähig waren und dann verstorben sind, ohne inzwischen die Erwerbsfähigkeit wiedererlangt zu haben.

Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1929 in Kraft. Der hier vorgesehene Ausbau der Leistungen ist sicherlich sehr bescheiden; seine Kosten werden für das Rechnungsjahr vom 1. Oktober 1929 bis 31. März 1930 auf 25 Millionen Mark geschätzt, der Rest von 20 Millionen Mark soll dem Reservefonds der Invalidenversicherung überwiesen werden. Auch nach diesen Maßnahmen bleibt es nach wie vor eine vorrangige Aufgabe des Reichstages, eine grundlegende Reform der Invalidenversicherung vorzunehmen, für welche sich im Herbst die Arbeitervertreter im Reichstag energisch einsetzen werden. Das diesmalige Vorgehen, aus Steuermitteln Zuschüsse zu gewähren, die, wie bei der Knappschaft, durch die Vermeidung mit dem Lohnschießspruch an der Ruhr auch eine Zuwendung an die Unternehmer bedeuten, um sie von Lohnsenkungen zu erlösen, dürfte nicht wiederholt werden.

Gegen die gewerkschaftliche Machtstellung.

Am 2. Juli hielt der Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller anlässlich seines 25jährigen Bestehens eine Jubiläumstagung ab. Der erste Vorkämpfer des Verbandes, Dr. Ernst Roensgen, betonte, daß der Zusammenschluß der Arbeitgeber in dieser Organisation vor 25 Jahren erfolgte, weil dieselben erkannt hätten, daß sie auf sozial-politischem Gebiete — im Kampf mit den Gewerkschaften — ein auf Gedeih und Verderb zusammengehöriges Ganzes bilden mußten.

Besser und leichtverständlicher ist wohl selten der Arbeiterschaft der Wert der Gewerkschaften demonstriert worden. Nur glauben wir, daß auch dieses Eingeständnis die Unorganisierten nicht die Erkenntnis finden läßt, die die Arbeitgeber für sich schon vor 25 Jahren fanden, nämlich die Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf Gedeih und Verderb auch auf Seiten der Arbeiterschaft.

Und wenn heute politische Lausbuben und Bötschenjäger innerhalb der Arbeiterklasse behaupten, daß die Gewerkschaften

nach dem Weltkriege keine Gefahr mehr für das Kapital darstellen, dann werden sie ebenfalls von Dr. Roensgen eines anderen belehrt. Gerade in der Nachkriegszeit erst, so sagt derselbe, sind die Gewerkschaften zu einer ganz gefährlichen Macht geworden in Verbindung mit der politischen Umwälzung. Vor dem Weltkriege wären ideale Zeiten gewesen für die Arbeitgeber, die sich nicht durch Tarifverträge binden lassen wollten. Heute aber seien die Unternehmer unter Zwang gestellt, weil das Schlichtungswesen existiere. Die Unternehmer wollen frei werden vor der Gefahr der Zwangsschiedsprüche und im freien Kampfausstrage mit den Gewerkschaften die sozialpolitischen Streitfragen (hauptsächlich auf dem Gebiete von Lohn und Arbeitszeit) lösen. Weil man bisher dem diesbezüglichen Verlangen der Unternehmer nicht nachgegeben habe, deshalb hätten sie auch als letzten Ausweg im Herbst 1928 den großen Arbeitskampf organisiert (Metallarbeiterausperrung in der nordwestdeutschen Metallindustrie, die durch Schiedspruch Severing beigelegt wurde).

Hier ist wieder sehr interessant zu hören, daß die Unternehmer diesen Kampf in ihrer Verzweiflung organisierten, weil die bis-

Der russische Fünfjahresplan.

Der Oberste Wirtschaftsrat und der Rätekongreß Sowjetrußlands haben einen großangelegten Wirtschaftspläne gutgeheißen, der die Entwicklung der Produktion für die nächsten fünf Jahre vorsieht, richtiger: vorschreibt. In diesen fünf Jahren soll eine gewaltige Steigerung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft erfolgen, in der Industrie jedoch eine viel größere als in der Landwirtschaft, weshalb der Plan als ein Industrialisierungsplan, mit der klugen Aufgabe, die Industrieländer erst einzuholen und dann zu überholen, bezeichnet wird. Bis zum Jahr 1932/33 soll die Industrieproduktion (je nach den Verhältnissen) um 124 bis 160 Prozent gegenüber 1928, die Produktion in den Staatsindustrien — mehr als 90 Prozent der Industrie befindet sich im Staatsbesitz — sogar um 135 bis 181 Prozent erhöht werden. Stärker als die Verbrauchsgüterindustrien (Steigerung 100 bis 125 Prozent) soll die Produktion von Produktionsmitteln (175 bis 235 Prozent) steigen. Die elektrische Stromerzeugung soll verdreifacht, die Kohlenförderung und die Stahlherzeugung verdoppelt werden. Noch größere Steigerungen sollen im Maschinenbau, in der chemischen Industrie und in der Baustoffwirtschaft eintreten. 14 300 Kilometer neue Eisenbahnstrecken sollen bis 1932/33 dem Verkehr übergeben werden. Auch die landwirtschaftliche Produktion soll sowohl durch Erweiterung der Anbauflächen wie größere Selbsterträge erhöht werden, weniger für Getreide als für Handelsgewächse. Innerhalb der Landwirtschaft soll jedoch die Produktion auf den Staatsgütern und in den Kollektivwirtschaften, die vom Staat Maschinen und Düngemittel erhalten, viel stärker steigen als in den Einzelwirtschaften der Bauern. Davon erhofft man, daß am Ende des Jahres bereits 17 Prozent der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Kollektivwirtschaften organisiert sein werden. Die Preise und die Lebenshaltungskosten sollen dauernd fallen, am Ende der Fünfjahresperiode soll das Leben um 10 Prozent billiger sein als jetzt. Selbst die heute sehr gedrückten Preise für landwirtschaftliche Produkte sollen weiter sinken (angenommen wurde man angefangen der bestehenden Lebensmittelpreise die Preise für Agrarprodukte wesentlich erhöhen). Trotzdem soll die Kaufkraft der Bauern durch eine noch stärkere Preisermäßigung der industriellen Verbrauchsgüter erhöht werden. Die Reallohnne der städtischen Arbeitnehmer sollen um 54 Prozent, das Reallohnkommen der Bauern um 40 Prozent, ja der in Kollektivwirtschaften zusammengefaßten Bauern um 63 Prozent erhöht werden. Das gesamte Kollektivlohnkommen soll um 47 Prozent steigen. Die Arbeitslosigkeit soll im angängigsten Fall von gegenwärtig 1,1 Millionen (registrierte Arbeitslose) auf 0,7 Millionen zurückgehen.

Wird Sowjetrußland diese Pläne verwirklichen? Oder aber sind sie nur Wunschpläne? Muß man sie nicht als Propagandamittel ansehen, mit dem Zweck, die Launen der Bevölkerung auszuhebeln? Sind sie Befähigungsmittel, um die Räte des Jugendrats durch Anreizung der Gemüter auf große Ziele vorzuführen zu machen? Man kennt die gewaltigen Schwierigkeiten,

die der Ausführung im Wege stehen, aber auch die großen Erfolge der Industrialisierung in den letzten fünf Jahren, die nun um ein Gewaltiges gesteigert werden sollen.

Statt Prophet sein zu wollen, ist es wohl richtiger, auf die Probleme, denen sich die Sowjetmacht bei der Ausführung des Fünfjahresplanes gegenübergestellt sieht, hinzuweisen. Das wichtigste Problem, dem im Plan die entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist die Beschaffung des erforderlichen Kapitals. Woher soll es genommen werden? Langfristige Auslandskredite sind in größerem Umfang nicht zu erwarten, wenn auch in letzter Zeit die Ausflüsse von England und Amerika Kapitalien zu erhalten, entschieden besser geworden sind. Dem Fünfjahresplan zufolge soll nun die gewaltige Summe von 31 bis 39 Milliarden Rubel in fünf Jahren in die Produktion und den Verkehr angelegt werden; davon 9,1 bis 11,4 Milliarden Rubel in Industrieanlagen, 2 bis 3 Milliarden für Elektrifizierung, 5,6 bis 6,9 Milliarden für Verkehrsmittel, 7,9 bis 9,1 Milliarden für die Landwirtschaft.

Diese riesigen Summen sollen zum Teil aus Gewinnen (zu 55 Prozent), zum Teil aus Steuern und Anleihen (zu 45 Prozent) aufgebracht werden. Somit sollen die Steuern, deren Erlös gewaltig steigen soll, in den Dienst der Kapitalbildung gestellt werden. Daß die Gewinne steigen und die Preise trotzdem sinken, wird von der Rationalisierung der Produktion — bessere Kapitalausnutzung und ergiebiger Arbeitsmethoden — erwartet. Der Produktionswert pro Kopf der Arbeiter in der Industrie soll um 75 bis 107 Prozent im Bergbau um 50 bis 60 Prozent, im Transportwesen um 60 bis 70 Prozent steigen. Was nun den letzteren Punkt anbelangt, so hängt dies neben erheblicher Verbesserung der Arbeitsdisziplin, die heute schwer erschüttert ist, von der Kapitalausnutzung, d. h. von den Fortschritten der Kapitalbildung ab. Hier werden die Zweifel entstehen: Wird die Industrie und die Landwirtschaft bei den zurzeit so hohen Produktionskosten Gewinne in der erforderlichen Höhe machen können? Werden nicht diese Gewinne sich allein bei erhöhten Preisen erschöpfen lassen? Kann der Staat keine Steuererhöhungen in dem geplanten Umfang erhöhen? Wenn die Preise, statt zu sinken, steigen würden, wird dann ein glatter Absatz für die Verbrauchsgüter möglich sein? Wenn sowohl die Preise wie die Steuern steigen würden, wo wird die verschobene Senkung der Lebenshaltungskosten und die Steigerung der Kaufkraft bleiben? Die Abschwächung der Gegensätze zwischen Industrieproduktion und Bauern müßte in diesem Falle ausbleiben, da vermutlich zu Zwecken der Kapitalbildung die Preise nicht für die Lebensmittel, sondern für Industrieartikel erhöht werden. Auch sieht man im Plan nicht klar die Berücksichtigung der gewaltigen Bevölkerungszunahme, die voraussichtlich auch in den nächsten fünf Jahren anhalten wird. Nach dem Plan soll die Zahl der Arbeitnehmer nur um 28 bis 34 Prozent steigen, da infolge der Rationalisierung die Produktionssteigerung mit verhältnismäßig geringer Erhöhung der Arbeiterzahl möglich sein dürfte. Wie wird dann die Arbeitslosigkeit abgedeckt, ja, wie der Plan vertritt, beinahe ausgeschaltet werden? So sind die Zweifel über die

Durchführbarkeit des Fünfjahresplanes — ohne große Auslandsanleihen — berechtigt nichtsdeshalben verdient der Versuch, vom gesamten Proletariat der Welt mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt zu werden.

Lohn- und Preisentwicklung in Sowjetrußland.

Dem Moskauer Gewerkschaftsblatt „Trud“ (Nr. 140) geht folgende Anfrage zu:

„In dem Fünfjahresplan der Wirtschaft ist die Rede von einer Steigerung des Arbeitlohnes und einer Aufbesserung der Lage der Arbeiterklasse. Gleichzeitig betonen aber alle Zeitungen, daß die Schwierigkeiten allenthalben sehr groß sind. Wie soll es nun bei diesen Schwierigkeiten möglich werden, den Lohn zu erhöhen?“ (Dubin aus Jaroslaw).

In dieser Anfrage kommt deutlich zum Ausdruck, daß die Arbeiterschaft (denn um eine Anfrage aus deren Kreisen handelt es sich) wenig zurechnend ist, was die Möglichkeit einer Lohnaufbesserung anbelangt. Das ist auch vollkommen verständlich, wenn man berücksichtigt, daß gerade in den letzten Monaten infolge der allgemeinen Preissteigerung nicht eine Besserung, sondern eine merkliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft eingetreten ist. Das hindert aber die Schriftleitung des „Trud“ nicht, mit Ueberbahrung zu beteuern, daß sich alles im Laufe der nächsten Jahre zum Besseren wenden werde. Es heißt in der Antwort der Schriftleitung:

„Unsere Schwierigkeiten sind nicht eine Folge des Niederganges, sondern des Wachstums. Sie sind darauf zurückzuführen, daß wir jetzt sind, in kürzester Zeit die technisch fortgeschrittensten kapitalistischen Länder nicht nur einzuholen, sondern zu überholen. Wir sind gezwungen, mit größter Beschleunigung die Sowjetunion zu industrialisieren, wobei wir auf den erbitterten Widerstand aller Großbauern und Kleinrentner stoßen, die zurzeit aus ihren letzten Stellungen verdrängt werden. Wir können die Schwierigkeiten überwinden, wenn wir dem Anlauf (Großbauern) und dem Kleinrentner Zugeständnisse machen und das Tempo der Industrialisierung vermindern würden. Das würde aber die Schwierigkeiten in Zukunft noch erhöhen, die führende Rolle des Proletariats beeinträchtigen und schließlich einen Berg auf den sozialistischen Aufbau des Landes bedeuten. Der Fünfjahresplan der Wirtschaft enthält keinerlei unerfüllbare Verpflichtungen. Er sieht eine Steigerung des Reallohns um 71 Prozent vor — eine Erhöhung, die weder in zarten Frühland, noch in irgendeinem kapitalistischen Lande jemals zu erreichen gewesen ist. Trotzdem ist diese Steigerung durchaus möglich, denn sie ist auf einem Wachstum der Arbeitsleistung um 110 Prozent begründet. Es entsteht nun die Frage, ob man im Laufe von fünf Jahren mit einer Steigerung der Arbeitsleistung um mehr als das Doppelte rechnen kann. Die Erfahrungen der letzten Jahre beweisen aber,

herige Schlichtungspraxis keinen anderen Ausweg für sie offen ließ. Also erleben wir die Tatsache, daß die Forderung der Kommunisten auf Beseitigung des Schlichtungswesens durch einen aktiven Ausschüßungskampf der mächtigsten Arbeitgebergruppe unterstützt wurde. Auch heute noch kämpfen Unternehmer und Kommunisten um in Arm gegen das Schlichtungswesen. Sollte das nicht die Gegner der staatlichen Schlichtung etwas nachdenklich stimmen?

Das Ziel der Unternehmer also ist, frei zu werden von allem staatlichen Zwang, das heißt, von allen staatlichen Schutzvorschriften für die Arbeiter auf dem Gebiete tarifvertraglicher Vereinbarung. Die Unternehmer sollen die Möglichkeit haben, die Lohnpolitik zu treffen, die sich wirtschaftlich, das heißt, bei Sicherung eines angemessenen Profits ausmündlich läßt. „Nun sind aber durch die Pariser Sachverständigenentwürfen“, sagt Ernst Boenagen, „Deutschland Lasten auferlegt worden, die die deutsche Wirtschaft zu tragen nicht in der Lage ist. Der englische Nationalökonom Maynard Keynes hat kürzlich seine Gedanken über den Young-Plan veröffentlicht und u. a. gesagt: „Unter Zugrundelegung des allgemeinen Standes der Weltwirtschaft wird Deutschlands Leistungsfähigkeit erstens durch die Bereitschaft der übrigen Welt, deutsche Waren anzunehmen, und zweitens dadurch bestimmt werden, ob Deutschland die Löhne für Spezialarbeiter im Verhältnis zu den im Ausland herrschenden Speziallöhnen nicht herabdrücken können. Von nichts anderem hängt Deutschlands Leistungsfähigkeit ab. Es ist ein menschliches Problem, dessen Lösung nur im Ablauf der Zeit und der Entwicklung der Natur der Menschen liegt.“ Keynes hat das Problem richtig erkannt. Wenn auch selbst unter diesen Voraussetzungen die Lasten aus dem Sachverständigenentwurf für die deutsche Wirtschaft niemals tragbar sein werden, müssen wir uns daran geben, auf dem

Wegen der Tatsache stehend, die Aufgabe so gut wie möglich zu lösen.“

Das ist natürlich sehr ausführlich, was Herr Boenagen hier erzählt. Vor allen Dingen findet er als Vorkämpfer dieses starken Arbeitgeberbundes es „völlig richtig“, daß die Löhne abgelehnt werden müssen und daß sich die Arbeitgeber daran geben müssen, „auf dem Boden der Tatsache stehend, die Aufgabe so gut wie möglich zu lösen“. Und wie wird das möglich sein? Ganz einfach: „...wenn die Gewerkschaften sich zu einem ehrlichen Verzicht auf Diktaturgelüste und unparitätische Macht, mittel entschließen“.

Das ist sehr lehrreich für die ewigen Nörgler und Krivbler an den Gewerkschaften. Die Arbeitgeber empfinden also die Macht und die Politik der Gewerkschaften schon wie die Anfänge einer Diktatur in der Wirtschaft, das heißt, als eine Macht, die sich sehr stark gegen die Unternehmervilligkeit durchsetzt und gegen deren Willen Erfolge für die Arbeiterkraft zu erzielen weiß. Dabei bleibt zu berücksichtigen, daß zwei Drittel der Arbeiter heute noch unorganisiert sind. Wie müßte die Macht der Gewerkschaften erst wirksam werden können, wenn sich alle Arbeiter an ihnen „auf Gedeih und Verderb zu einem Ganzen“ zusammenschließen würden?

Die Auslassungen von Boenagen sind natürlich um so wertvoller, als sie auf der Jubiläumstagung des Arbeitgeberverbandes zum Ausdruck kamen, weil man wohl annehmen darf, daß solche Gelegenheiten nicht zu leerer Schwärzerei und grundlosen Klagen benutzt werden. Lernen wir also daraus und sorgen wir dafür, daß unser Verband immer stärker wird, damit wir allen Ausschlägen auf die Arbeiterrechte begegnen können und so gestiftet werden, daß wir auch die noch unerfüllten Forderungen gegen die Unternehmer durchsetzen können.

rechts entgegenstehen oder Anordnungen, die auf Grund dieses oder eines anderen Reichsgesetzes erlassen sind, sie ausdrücklich ausschließen. Die Anordnungen können jedoch Vereinbarungen nicht ausschließen, die zwischen den Parteien des einzelnen Lehrvertrages getroffen werden und eine Veränderung der Arbeitsbedingungen gegenüber dem Lehrvertrag enthalten.“

Mit der Durchführung dieser Bestimmung wäre mit einem Schlag jede tarifliche Regelung der Lehrverhältnisse außer Kraft gesetzt. In der Zeit der Koalitionsverträge eine ganz respektable Leistung des Herrn Curtius und seiner Berater!

Was gelten die paritätischen Ausschüsse?

Als zweite patentierte Neuigkeit enthält der Entwurf die sogenannten „paritätischen Ausschüsse“. Sie erhalten ihre Wirksamkeit und Unwirksamkeit durch die §§ 69, 75 und 77. Die gesetzlichen Berufsvertretungen üben die ihnen durch dieses Gesetz übertragenen Aufgaben und Befugnisse... auf den Grundlag und im Rahmen der Beschlüsse besonderer Ausschüsse aus“ (§ 69). Im unfer geliebten Deutsch übertragen, heißt dieser merkwürdige Satz, daß die gesetzlichen Berufsvertretungen alles, die „paritätischen“ Ausschüsse praktisch nichts zu sagen haben. Denn nach § 75 liegt die Führung der laufenden Geschäfte der Ausschüsse und die Durchführung ihrer Beschlüsse den gesetzlichen Berufsvertretungen ob und sämtliche Anordnungen auf Grund des Gesetzes ergeben im Namen der gesetzlichen Berufsvertretungen.

Also paritätische Ausschüsse hat, paritätische Ausschüsse hat, ihre Bedeutung für die Arbeitnehmer ist gleich Null. Dann ändern auch die Bestimmungen des § 77 nichts, im Gegenteil, sie bestärken den aufmerksamen Leser in der Auffassung von der Unheiligkeit des Gesetzesentwurfes. Nur § 69 liest man heraus, daß die paritätischen Ausschüsse über Inhalt und Form des Lehrvertrages, Dauer der Lehrzeit, Höchstzahl der Lehrlinge, Höhe des Entgelts und über Urlaub und Ferien zu befinden haben. Im § 77 aber heißt es: „Die gesetzlichen Berufsvertretungen können zur Durchführung ihrer Aufgabe aus diesem Gesetz Anordnungen und Maßregeln treffen.“ Dann folgt die Aufzählung der eben genannten Aufgaben. Im ganzen Gesetzesentwurf wird beiläufig vermerkt, den Ausschüssen Mühe und Klar zu fügen: „Ihr habt überhaupt keine eigenen Rechte!“ Und doch wird es in der Begründung ausgesprochen, nämlich, daß die paritätischen Ausschüsse nur als Organ der gesetzlichen Berufsvertretungen zu betrachten sind.

Also der paritätische Ausschuss ist nur ein untergeordnetes Organ der Unternehmer-Kammern. Die Geschäftsführung der Ausschüsse, die Festsetzung ihrer Tagesordnung und die Durchführung ihrer Beschlüsse obliegt den Kammern. Bei jeder Abstimmung muß die Zahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich sein; bei ungleicher Zahl haben von der stärkeren Seite die jüngsten Mitglieder auszuscheiden. Bei Abstimmungen über die Festsetzung der Höchstzahl der Lehrlinge, der Dauer der Lehrzeit, des Urlaubs und der Ferien muß auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite je eine Mehrheit vorhanden sein, und dieselben Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der obersten Landesbehörde. Ja, diese Behörde ist auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder des Ausschusses berechtigt, die Genehmigung zu widerrufen und die Anordnungen über Entgelt, Urlaub und Ferien außer Kraft zu setzen.

Das alles trägt die Ueberschrift: Parität und Selbstverwaltung. Dabei ist es weiter nichts als eine ganz bedeutende Machterweiterung der gesetzlichen Berufsvertretungen, also der Unternehmer-Kammern, eine Verdrängung der Gewerkschaften und geradezu strafbare Vergewaltigung des Artikels 165 der Reichsverfassung. Und das im zehnten Jahre der Weimarer Verfassung!

Nur eine Stimme erhob sich dagegen.

Leider hat der Reichsrat, und damit auch die Länder, dem Gesetzesentwurf seine Zustimmung erteilt. Eine einzige Stimme erhob sich dagegen. Der hamburgische Bevollmächtigte zum Reichsrat, Senatrat Genosse Bauer, gab eine entsprechende Erklärung für seinen Senat ab.

Nun hat der Reichstag das Wort! Er wird den Gesetzesentwurf hoffentlich die richtige Antwort erteilen. In den Orten mit einem solchen Erzeugnis!

Das Berufsausbildungsgesetz verabschiedet.

Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes ist im Reichsrat am 2. Juli verabschiedet worden. Sieben lange Jahre hat dieser Entwurf gebraucht, bis er reifstagsreif wurde. Diese sieben Jahre merkt man ihm aber auch an: zerfurchten und gerupft trägt er wenig Lebenskraft in sich. Wird man ihn im Reichstag ganz zu Tode schänden? Schade wäre es nicht darum.

Ein Berufsausbildungsgesetz kann gewiß etwas Großes und Gutes sein, wenn es mehr ist als ein Zusammenscharen von Paragraphen und Ideen, die seit dem Mittelalter in Büchern und Regierungsverordnungen umherirren. Es müßte die Zeichen der Zeit in sich tragen, den Geist der neuen Wirtschaft, des neuen Staates, des neuen Rechts, des freien und gleichen Menschen. Nichts von alledem. Was will es besagen, wenn der Staat seinen Lebens- und Gestaltungs willen nur so schwach kumbat in einem Gesetz, das sich an die lebenssprudelnde, staatsverbende Jugend wendet? Müßte nicht der Geist von Weimar aus jeder Zeile hervorströmen, der Wille zu Neuem und Großem? Statt dessen tritt uns die greisenhafte müßige Luft aus der Zunftkammer des preussischen Handelsministeriums entgegen, verschandelt und verbeidert.

Was bringt der Gesetzesentwurf Neues?

Er überläßt die Regelung des Lehrungsvertrages nicht mehr allein dem Arbeitgeber und dem Erziehungsberechtigten des Lehrlings, sondern der Staat als Vertreter der Interessen der Allgemeinheit schiebt sich ein. Über das Berufsausbildungsgesetz ist kein Lehrungsvertrag, sondern ein Gesetz für Lehrlinge und Jugendliche geschrieben. Darin besteht die eigentliche Neuheit. Alles andere ist Aufguss alter Bestimmungen und bewußte Unterdrückung gewerkschaftlicher Forderungen, gesteigert bis zur Unheiligkeit. Wir wollen heute nicht auf die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs eingehen, sondern nur zwei Punkte herausgreifen, die schon allein das Gesetz für die Gewerkschaften unannehmbar machen.

Da ist zunächst die Regelung des Lehrvertrages. Bisher lag sie den Lehrherren und Zünften ob. Daneben aber bestanden auch erfreuliche Ansätze der tariflichen Regelung des Lehrungsvertrages, die auch in der Begründung zum Gesetzesentwurf mit folgenden Sätzen anerkannt werden:

„Man wird im allgemeinen nicht bestreiten können, daß die Regelung des Lehrungsvertrages durch Tarifvertrag in den letzten Jahren vielfach zweckmäßig gemein ist und mancherlei Gutes geschaffen hat. Nur auf diesem Wege ist es bei den Mängeln und Lücken des geltenden Rechts gelungen, in zahlreichen Berufen und Berufsgruppen, die bisher einer planmäßigen Ordnung des Lehrungsvertrages überhaupt entbehrten, wenigstens bis zu einem gewissen Grade Ordnung und Mannhaftigkeit zu schaffen, die Lehrlingszahlen in ein richtiges Verhältnis zur Zahl der erwachsenen Berufsgenossen einzuführen und den gesamten Berufsstand mit der Frage des Nachwuchses zu beschäftigen.“

Mißachtung der tariflichen Regelung.

Man sollte meinen, daß nach solcher Anerkennung der Wirkung der tarifvertraglichen Regelung des Lehrungsvertrages der Gesetzesentwurf sich bemühen würde, diese erfreuliche Entwicklung weiter zu treiben. Aber weit gefehlt. Die Gewerkschaften bekommen einen fühlbaren Fußtritt: „Künftig gehen die gesetzlichen Berufsvertretungen durch den vorliegenden Entwurf zugebundenen Zuständigkeiten so weit, daß sie den gesamten Inhalt und die Form des Lehrvertrages mit bindender Kraft festlegen können. Soweit sie den Lehrvertrag nach Inhalt und Form ausdehnend geregelt haben, bleibt kein Raum mehr für eine tarifvertragliche Regelung.“ Und der bewußte § 24 lautet: „Ueber den Inhalt des Lehrvertrages können Vereinbarungen getroffen werden, soweit nicht zwingende Vorschriften des Reichs-

das das durchaus möglich ist, und zwar durch Einführung vervollkommener Arbeitsmethoden, besserer Organisation der Arbeit und Rationalisierung des ganzen Betriebes.

Sinzu kommt noch, daß in den Vorschlägen des Fünfjahresplanes der Übergang auf einen ununterbrochenen Arbeitsprozeß von 360 Tagen im Jahr gar nicht einmal vorgesehen ist. Der Plan hat auch die Ergebnisse der neuen Entdeckungen, wie zum Beispiel der Naphthaquellen im Ural, und die Auswirkungen von Arbeitererfindungen gar nicht berücksichtigt. Nun mögen die Arbeiter vielfach durch die Preissteigerungen (!) dieses Jahres irregemacht worden sein. Besonders für Nahrungsmittel hat die Preissteigerung fast die ganze Aufbesserung des Nominallohns aufgezehrt. Aber die in Aussicht genommene sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft und die Senkung der Selbstkosten für Industrieerzeugnisse um 55 Prozent schüßt uns nicht nur vor einer weiteren Steigerung der Preise, sondern gibt die Möglichkeit, sie erheblich herabzusetzen.“

Diese Erwiderung auf die stehende Anfrage scheint von der Annahme auszugehen, daß die Arbeiter ihre eigenen Zeitungen überhaupt nicht lesen und von den tatsächlichen Vorgängen keine Ahnung haben. Aber es dürfte doch den Arbeitern bekannt sein, daß von einer Senkung der Selbstkosten in der Industrie bisher so gut wie nichts die Rede sein kann, und daß da, wo eine mengenmäßige Steigerung der Produktion eingetreten ist, die Beschaffenheit der Waren sehr stark gelitten hat. Was ferner die Einführung neuer Arbeitsprozesse und neuer Arbeitsmethoden anbelangt, so läßt dieses Vorhaben auf die allerschwersten Schwierigkeiten, schon weil die notwendige maschinelle Ausrüstung aus dem Ausland bezogen werden muß. Kurz, die Aussichten sind, nach den Angaben der Sowjetpresse selbst, die denkbar ungünstigsten und das Mühsamkeit, das in der Anfrage des Dubin aus Jaroslaw zum Ausdruck kommt, scheint in der Tat vollkommen berechtigt zu sein.

Besonders interessant aber ist die Frage nach der Hoffung auf eine Steigerung des Reallohnes. Sie stützt sich nämlich auf die Annahme, daß die Arbeitsergebnisse wachsen werden infolge vorzunehmender Rationalisierung. Wo die deutschen Gewerkschaften solche Theorien in ihrer Diskussion berühren, da weisen die Jünger Moskaus das Maul auf bis hinter die Ohren und schreiben von Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und von Verschärfung der Arbeiter an das Kapital.

Daß die Hoffnungen der russischen Stalinleute auf eine reibungslose Steigerung der Produktivität aber lediglich deshalb verbreitet werden, um die Arbeiter zu beruhigen, ist ebenfalls Tatsache. Die tatsächliche Entwicklung der industriellen Produktion entspricht nämlich den vorgefaßten Plänen vielfach nicht. So berichtet der „Trud“ (Nr. 140) über die Moskauer Industrie wörtlich folgendes:

„Die Ergebnisse der Moskauer Industrie für den verflochtenen Monat kann man nicht als befriedigend bezeichnen. Der Moskauer Volkswirtschaftsrat hat festgestellt, daß im Vergleich zum April im Mai eine Senkung der Produktion um 23 Prozent erfolgt ist. Dieser Rückgang hängt nicht nur damit zusammen, daß

im Mai die Zahl der Arbeitslose geringer gewesen ist, sondern sie ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß in der Bereitstellung von Rohstoffen und sonstigen Materialien Störungen eingetreten waren. Außerdem hat die Arbeitsverknüpfung aus wichtigen Gründen, besonders während der Tage, die auf die Feiertage folgten, zugenommen. Im Zusammenhang damit ist auch die Arbeitsergebnisse im Mai um 4 Prozent geringer gewesen. Die Löhne sind im ganzen im Durchschnitt die gleichen geblieben und betragen für die Moskauer Industrie 3,67 Rubel pro Tag. Die Zahl der Arbeiter, vor allem in den Saisongewerben, ist insgesamt um 6,5 Prozent gestiegen.“

Man sieht also daran, daß die Vertröstungen auf die „kommende Entwicklung“ für den russischen Arbeiter nicht viel Wertendes und Befriedigendes in sich birgt und daß die Sorge um diese zukünftige Entwicklung bei den russischen Proletariats berechtigt ist. Das um so mehr, als bei aller Stagnation der Nominallohne die Warenpreise lustig steigen.

Die große Warenknappheit, die bereits seit längerer Zeit allenthalben in Sowjetrußland herrscht, hat seit einigen Monaten ein Ausmaß erreicht, das zu einer allgemeinen Rationierung der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Gebrauchs in allen größeren Städten des Landes geführt hat. Aber trotz dieser Rationierung und der allgemeinen staatlichen Regelung des gesamten Handelsverkehrs ist es der Regierung nicht gelungen, die Preissteigerung einzudämmen. Im Gegenteil, die Preise zeigen sowohl in dem konsumgenossenschaftlichen und staatlichen Handel, wie ganz besonders im privaten Handel eine große Steigerung, die im Index der Kleinhandelspreise deutlich zum Ausdruck kommt. Wir entnehmen der „Ökonomischen Obozrenije“ (Nr. 5, 1928) Angaben, die diese Bewegung veranschaulichen:

Index der Kleinhandelspreise (1913 = 100)

	A		B	
	im Konsumvereins- und Staatshandel	im Privathandel	im Durchschnitt für A und B	
Durchschnitt für 1927/28	1,84	2,44	2,04	
1928				
1. Oktober	1,85	2,63	2,11	
1. November	1,87	2,66	2,13	
1. Dezember	1,88	2,70	2,15	
1929				
1. Januar	1,89	2,73	2,16	
1. Februar	1,89	2,79	2,18	
1. März	1,90	2,91	2,23	
1. April	1,92	3,13	2,30	
1. Mai	1,93	3,33	2,36	

Vielleicht lernen hieraus die eblen Moskauerjünger bei uns, daß es doch nicht lediglich Verrat der Gewerkschaftsführung ist, wenn die Löhne nicht in jedem beliebigen Ausmaß erhöht und die Preise herabgesetzt werden. Oder ist auch das russische Sozialistensystem nur auf Verrat aufgebaut?

Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in Sowjetrußland.

Zügen über die deutsche Arbeitslosenversicherung.

Die russische Arbeitslosenversicherung bildet bekanntlich den Gegenstand des Reides der deutschen Unternehmer, denen sie besonders wegen der energischen Handhabung der Bedürftigkeitsprüfung und der weitgehenden Einschränkungen, die die russische Gesetzgebung für die Saisonarbeiter geschaffen hat, stark zusagt. Was die Saisonarbeiter betrifft, ist die Unterstüßungsberechtigung für sie verschieden geregelt, je nachdem, ob sie ständig oder nicht ständig in den Städten und Arbeiterwohnstätten wohnen. Für die ersteren gilt die Beschränkung der Unterstüßungsdauer während der „toten Saison“ auf drei Monate, sonst gelten für sie die allgemeinen Bestimmungen, die die Unterstüßungsdauer generell auf neun Monate beschränken. Die nicht ständig in den Städten oder Arbeiterwohnstätten wohnenden Saisonarbeiter, d. h. die vom Lande zumtrömenden Arbeiter, haben während der toten Saison überhaupt kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung, sonst aber höchstens für die Dauer von zwei Monaten und auch dies nur in den Städten.

Aber selbst diese Bestimmungen scheinen den Leitern der russischen Sozialpolitik zu weit zu gehen, denn zum Gaudium aller Feinde der Arbeitslosenversicherung hat das Volkskommissariat der Arbeit nach dem „Trud“ vom 12. Juni angeordnet, daß den Saisonarbeitern (Bastarbeitern), die, ohne von den Arbeitsnachweiser angefordert worden zu sein, vom flachen Lande in die Städte zuwandern, der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung generell zu verjagen sei. Zugleich ist vom Volkskommissariat allgemein bestimmt worden, daß die Familienzulagen zu den Arbeitslosenunterstützungen nur zu gewähren sind, wenn nicht ein einziges Mitglied in der Familie einen Verdienst hat.

Die Sowjetpresse berichtet über diese Offensibe gegen die Arbeitslosenversicherung nur äußerst dürftig. Um so energischer sucht sie allerlei Katastrophennachrichten über das Ausland, insbesondere über Deutschland, zu verbreiten. So wurde im „Trud“ vom 7. Juni über die im Reichstag erfolgten Angriffe des Abgeordneten Curtius auf die Arbeitslosenversicherung berichtet, daß Curtius nur „die Absichten der Koalitionsregierung, die sozialpolitische Lage der Arbeiterklasse zu verschlechtern“, „offen“ zum Ausdruck gebracht und durch dieses „vorzeitige“ Auftreten „in den Reihen der Sozialdemokraten große Verwirrung hervorgerufen hat“. Wenige Tage zuvor (am 5. Juni) hatte dasselbe Blatt berichtet, daß die deutschen Arbeitgeber eine energische Offensibe gegen die Sozialversicherung eingeleitet und der Regierung ein Reformprogramm auf dem Gebiete der Sozialversicherung vorgelegt haben. Dieses Reformprogramm, das „die gesamte Sozialversicherung in Deutschland um ein Jahrzehnt zurückzuversetzen droht“, „wird zurzeit von der Regierung durchgearbeitet“. Saubere Gejellen sind diese Berichterhalter des „Trud“.

Haus und Leben

Gewerkschaft und Familie.

Die Zeiten haben sich auch für die Frau gründlich geändert. Ihr Wirkungskreis ist heute ein anderer als vor fünfzig Jahren, auch wenn sie noch so sehr an die Hauswirtschaft gebunden ist und ihre Tätigkeit hauptsächlich in diese fällt. Fast jedes Mädchen ist bis zur Verheiratung zum Erwerb gezwungen, und auch in der Ehe ist heute mehr oder weniger jede keine Beamtenfrau, sowie jede Frau des Arbeiters und unteren Angestellten zur Mitarbeit in der einen oder anderen Form genötigt, denn die Gehälter und Löhne sind berart niedrig, daß größere Anschaffungen nicht gemacht werden können. Im Sparen kann überhaupt nicht gedacht werden. Diese Teilnahme der Frau am Erwerb, häufig in Verbindung der Hausarbeit mit der Erwerbsarbeit, hat zur natürlichen Folge, daß die Frau über Wirtschaft- und Organisationsfragen eine ganz andere Auffassung bekommt. Sie steht den großen Kämpfen, die sich zwischen Kapital und Arbeit abspielen, nicht mehr gleichgültig gegenüber, da sie selbst Mitbeteiligte und Ausgebeutete ist.

Und dennoch hält es so schwer, die Frauen zu überzeugen, daß der Verband eine zwingende Notwendigkeit ist. Sehr viele Frauen wollen durchaus nicht begreifen, daß ihr Mann organisiert sein muß. Eine solche Auffassung ist natürlich ganz falsch, und die Frau, die die Augen offen hält und die wirtschaftlichen Kämpfe ein klein wenig verfolgt, wird schon längst die Feststellung gemacht haben, daß diejenigen Berufe am besten entlohnt werden, die am stärksten organisiert sind. Denn nur in gemeinsamen Abingen können bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwingen werden. Aber selbst wenn die Frauen grundsätzlich die Berechtigungen und den Wert der Organisation erkennen, stoßen sie sich oft an die Höhe der Beiträge. Sie rechnen aus, was man dafür hätte kaufen können, wieder ein Stück in die Wirtschaft oder etwas zum Lebensunterhalt. Das ist die Politik auf kurze Sicht. Denn nicht einmal bei ganz nächster Berechnung erweist sich diese Sparbarkeit am Beitrag als richtig. Wird durch die Mithrätigkeit der Gewerkschaften nur eine einzige Lohn- und Gehaltssteigerung erkämpft, dann ist der Verbandsbeitrag in kurzer Zeit zehnfach aufgewogen.

Man sehen manche Frauen es in Gedankenwertiger Kurzsichtigkeit sogar lieber, wenn ihr Mann einem Regelfuß angehört oder überhaupt ein- oder zweimal zum Klubabend geht, als wenn er die Versammlungen seiner Berufsorganisation aufsucht. Andere wiederum halten es für überflüssig, sich darum zu kümmern, welche geistigen Interessen ihr Mann verfolgt. Sie meinen, sie hätten keine Zeit dazu, und es sei allein Sache des Mannes, geistige Interessen zu haben.

Wie verkehrt eine derartige Ansicht ist, könnte an Hunderten von Beispielen gezeigt werden. Es genügt hier, darauf hinzuweisen, daß so kaum das erspriechliche und verträgliche Zusammenleben im Familienkreis herbeigeführt werden kann, das gerade von den Frauen am heftigsten gewünscht wird. Niemand täusche sich darüber hinweg, daß das übereinstimmende geistige Interesse das stärkste Band ist, das eine Familie zusammenhält. Es gibt nichts, was Mann und Frau enger zusammenführt. Keine Ehe ist so vollkommen, daß niemals Meinungsverschiedenheiten entstehen können, aber diese sind weniger hart und lassen sich viel leichter ausgleichen, wenn das geistige Band stark ist und Mann und Frau gleiche Ziele verfolgen.

Damit soll nun nicht gesagt sein, daß der Abend in der Familie mit Debatten über Politik und gewerkschaftliche Organisationsfragen ausgefüllt werden soll. Das würde niemandem behagen. Es handelt sich hier in erster Linie darum, Verständnis zu gewinnen, das gegenseitige Einverständnis herzustellen, vor allen Dingen, das geistig näher zu kommen. Von großer Bedeutung ist diese geistige Annäherung, aber auch der Ausgleich zwischen anders gearteten Weltanschauungen. Die Frauen müssen wissen, daß die Arbeit des Mannes in der Organisation eine Notwendigkeit ist.

Ist diese Erkenntnis vorhanden, dann erscheint ihr so mancher Schritt und auch so manche Aufgabe nicht überflüssig. Vor allen Dingen schwindet dann das Mißtrauen, mit dem so viele Eheleute sich gegenseitig begleiten. Bei wirklichem geistigen und seelischen Verständnis kann dieses Mißtrauen keine Wurzeln fassen.

Man gibt es aber noch genug Männer, die der Meinung sind, daß es die Frau nichts angeht, welche Auffassung man politisch und gewerkschaftlich vertritt. Und fragt die Frau, so folgt der kampflose Ausspruch: „Das verstehtst Du doch nicht!“ Das wird sich die Frau nicht oft lassen lassen, und ist sie geistig interessiert genug, dann wird sie sich selbst um derartige Dinge kümmern und dem Mann bald beweisen, daß sie von den Dingen ebensoviel, vielleicht sogar noch mehr als er versteht. In der Regel beruht es immer auf Gegenseitigkeit, ob beide die geistige Annäherung gefunden haben oder nicht. Klugheit und Geschicklichkeit können auch hier manche Hindernisse und zerwürfnisse hinwegräumen, die das geistige Band zu zerreißen suchen. Schließlich hängt die Verträglichkeit im Zusammenleben, das gegenseitige Erfahren und Empfinden nur davon ab, wie man zu leben versteht. Es ist nicht immer leicht, auf alle Wünsche und Ansichten einzugehen, aber eine solche Auffassung wird viel leichter dadurch als ein Fremder festgelegt, wenn man auf sie eingeht, als wenn man sie von vornherein als unwirksam ablehnt. Das fordert nur den Widerstand heraus. So gesehen, bekommt das Familienleben einen ganz anderen Gehalt. Da erscheint dann das Organisieren nicht mehr als überflüssig und die geringe Ausgabe für Beiträge nicht mehr als übermäßig hoch, sondern als eine Notwendigkeit, der sich niemand entziehen kann, der zu der großen Armee der Arbeitnehmer gehört.

Schwarze Slaven.

Neger in den Vereinigten Staaten.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika leben etwa 10,5 Millionen Neger; das sind beinahe 10 Prozent der Gesamtbevölkerung. Auf den Weißen entfallen nicht ganz 90 Prozent (89,7 Prozent); die Differenz von etwa 10 Prozent machen Japaner, Chinesen, Indianer aus. Hindus, Chinesen, Malaien und Waoris sind so minimal, daß sie nur in exakt gearbeiteten wissenschaftlichen Statistiken mitgezählt werden.

Wenn der Europäer in New York ankommt, sich umzusehen in den Dock umhertreibt, wo die großen Uferdampfer ihre Waren ausladen, wundern er sich, nur vereinzelte Neger bei der Arbeit zu sehen. Hier sind Weiße beschäftigt — meistens Italiener —, die in geschlossenen Kolonnen die Schiffe ent- und beladen.

Ist man in der Downtown, der Unterstadt, dem Geschäftsviertel New Yorks, fällt der Neger im Straßensbild nicht auf, so vereinigt ist er.

Geht man zu Wanamaker oder Macy (den beiden größten Warenhäusern der Welt), begrüßen Neger-Portiers den Kunden, bedienen Neger den Lift. Man kommt ins Woodmorth oder Equitable Building: Mulatten bedienen den Fahrstuhl.

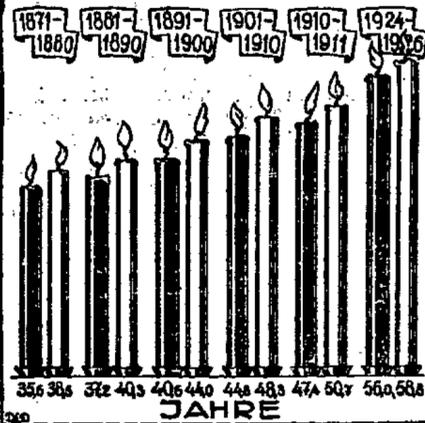
Harlem.

Das Negerviertel auf dem nördlichen Teil Manhattans. Zusammengedrängt wohnt hier der größte Prozentsatz der Neger, die New York bevölkern. Geschäfte, Restaurants, Kaffeehäuser, Varietés, Schulen, Bibliotheken, Kirchen: von Negern erarbeitet, geführt und gewehrt.

Man betritt den Grand Central- oder Pennsylvania-Bahnhof; schon eilt ein Neger herbei, nimmt die Reisetasche ab, fährt einen zum Zug, weist den Platz an. Der Neger serviert im Speisewagen und ist Hinterrückler im Schlafwagen.

Die verlängerte Lebensdauer der deutschen Bevölkerung

Voraussichtliche Lebensdauer der Neugeborenen im Durchschnitt
I beim männl. Geschlecht - beim weibl. Geschlecht
nach den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre



Die verlängerte Lebensdauer der deutschen Bevölkerung. Nach den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1871 bis 1880 war für die neugeborenen Knaben mit einer mittleren Lebensdauer von 35,6 Jahren zu rechnen, nach den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahre 1901 bis 1910 mit 44,8 Jahren. Nach den gegenwärtigen Sterblichkeitsverhältnissen beträgt die mittlere Lebensdauer der Knaben 58 Jahre. Seit den 70er Jahren hat sich also die durchschnittliche Lebensdauer der Knaben um mehr als 20 Jahre verlängert. Die neugeborenen Mädchen haben mit einer noch längeren Lebensdauer zu rechnen. Sie ist im gleichen Zeitraum nach den Berechnungen der Statistik von 33,5 auf 58,8 gestiegen.

Baltimore.

Zwei Häfen, der eine Lucous Point. Hier arbeiten nur Neger, im andern nur Weiße.

Anfiedlung ringsumher — hart am Klauende des Schienenweges, das bis wenige Zentimeter an die Pflanz vorgezogen ist — elende Hängelotter, ein oder anderthalb Stockwerk hohe Holzhäuser. Neger-Proletariat, das in Lärm und Rauch des Hafens- und Eisenbahnhofs wohnt, unter weißen Antrettern schaff, billiger arbeitet als der Weißhalsige, anspruchslos lebt.

Tampa.

Bestände Floridas, bespült vom Mexikanischen Golf. Abends 10 Uhr Schiffswechsel. Neuer Negertrupp. Tag und Nacht werden Salzfische in den Schiffsraum geschüttet. Das Deck ist weiß geblendet, die Schleimhäute sind entzündet, Gestank der Tropennacht hüllt das Schiff ein.

Born am Bug, auf der Ankerkette, hockt ein junger Neger. 20 Jahre alt. Wir kommen ins Gespräch; er ist ein über den Durchschnitt gebildeter Burische. Da ich ihm sage, daß ich Deutsch- und Eisenbahnhofs wohnt, unter weißen Antrettern schaff, billiger arbeitet als der Weißhalsige, anspruchslos lebt.

Wir lassen den Portier; er humpelt, liegt, ist brutal. Die Weisheit sind wild gewordene Burikamer; sagen „Meinheit“ und gehen heimlich zu unsern Negerhuren. Seit bald 70 Jahren sind wir „frei“, ist die Sklaverei aufgehoben. Wir haben Wahlrecht, sind Bürger der Vereinigten Staaten. Man fürchtet und tyrannisiert uns deshalb. Die Weißen machen die Wahlen; wo unser Einfluß durch das Stimmrecht gefährlich wird, werden die Wahlresultate gefälscht. Wir sind machtlos. Kosten in der Verwaltung bekommen wir nicht; Regierungsgeld gibt es nicht — die Weißen sind feige! — die Gemeindefunktionen nehmen uns nicht

auf, machen uns wider Willen zu Lohnbrüdern, Streikbrechern. Im Norden ist es noch besser als hier im Süden. Ich werde auch hingehen, mich hocharbeiten, trotz allen Widerstandes. Mein Vater hatte ein Geschäft und Haus; die Weißen haben ihn gewaltsam ruiniert. Ein Bruder von mir ist in New York Anwalt. Sie fragen, daß ich hier schaffe? Jeder muß sich selbst helfen. Auch ich werde es wagen. ... Ich muß fort, um 6 Uhr früh neue Schicht. Erzählen Sie keinem Parke, was ich gesagt habe. Auf Wiedersehen.“

Dies war in Tampa. Unvergleichliches Gespräch (das man beständige, was ich schon wußte) in einer Nacht voll Tropenplanz und — Rausch.

Miami.

Auf einen Sprung im Weltbad für Dollar-Millionäre, rasch alles aufnehmend, da das mühsam erarbeitete Geld unbemerkt zerrinnt. Die geringste Kleinigkeit phantastisch teuer.

Abends, auf dem Nachhauseweg ins Hotel, bleiben wir vor einem Varietés stehen, die Photos der Tänzerinnen zu betrachten. Tritt der purpurrot lichter, goldbordener Portier — Neger! — zwei Schritte vertraulich auf uns zu: „Bitte, meine Herren, alles was Sie wünschen: Whisky, delicious italian wine, deutsches Bier, soft snaps.“

Prohibition, Alkoholverbot? Die Tanzgals, das ganze Variétéprogramm sind nur Nebenfische; Kullisse für den verbotenen Schanfbetrieb.

Auch hier der Neger: als Anreißer, Schleppe. Dies ist die andere — nebenfische — Seite.

Auf der Autofahrt von Savannah nach St. Augustin besuchen wir „Andel Tom's Sütte“. Selige Harriet Beecher Stowe!

Was soll dieser historische Wungalow? Wahrzeichen für die „Befreiung“ des Negers? Beweis, daß die Wabbits schon eine historische Tradition haben? Daß die Vereinigten Staaten das „Land der Freiheit“ ist?

Lebt Josiah Henderson, der blutig gepöbelte Neger, nicht mehr? Und ist die Brutalität der Baumwollplantagenbesitzer in ägyptische Nächstenliebe verwandelt? Werden heute keine Neger mehr gehängt? Wieviel Wochen sind vergangen, seit die „Goldküste“ in Virginia oder Arkansas einen Wehrlosen in Stücke riß?

Geißel — der Sklavenhandel hat aufgehört, als im Bürgerkrieg die Nord- über die Südstaaten siegen. (In St. Augustin kam ein jeder, der es nicht glaubt, den „Sklavenmarkt“, eine historische Stätte, besichtigen.) Abraham Lincoln hat die Sklaverei aufgehoben; aber nicht 70 Jahre vergangen, ist von Lincoln bis Calvin Coolidge nicht ein weiter Weg — und sind die Neger nicht dennoch Sklaven?

Sklaven: Menschen anderer Klasse, Bürger zweiten Ranges. Denn: in den Südstaaten ist ein ungeschriebenes Gesetz: der Schwarze fährt im hinteren Teil des Straßenbahnwagens; er wird hier ebenso wenig wahren sich unter die Weißen zu mischen wie im Zug, er wird nie wagen, ein Lokal zu besuchen, wo die „Herren“ verkehren. Der Neger wohnt nicht im Viertel der Weißen; seine Kinder bekommen eine geringere Schulbildung — um sie in Abhängigkeit zu erhalten. Ueberall warnen Plakate: „Only for coloured people“, „nur für farbige Volk.“ So ist es in den Südstaaten.

Man spricht in den Vereinigten Staaten von der sogenannten Beltlinie; das ist der Grenzstrich zwischen Schwarz und Weiß. Was südlich von ihm liegt, sind die Negerstaaten. Von Virginia bis herunter nach Florida; vom Osten von Texas bis zur Küste des Atlantik. Davon zwei Staaten mit über 50 Prozent Negerbevölkerung: Süd-Carolina und Mississippi. In den übrigen Südstaaten (mit Ausnahme von Texas: bis 25 Prozent) das Negerkontingent von 25 bis 50 Prozent: Virginia, Nord-Carolina, Georgia, Florida, Alabama, Louisiana und Arkansas.

Burid zu den Nordstaaten. Hier ist der Neger äußerlich gleichberechtigt: er sitzt neben dem Amerikaner in der Untergrundbahn, speist teilweise in den gleichen Restaurants. Der Schwarze arbeitet auch neben dem Weißen in der Fabrik, nur mit dem Unterschied, daß der Neger die schwerste und schmutzigste Arbeit leisten muß, die der Amerikaner ablehnt. In Büros oder Geschäftsfunktionen, die von Weißen geleitet werden, findet er nur äußerst selten Zugang. Negerinnen gehen als Hausmädchen, wohnen jedoch außerhalb und nicht bei der Familie.

Harlem ist die Negerstadt in New York, ist die Heimat des Nordens.

Im November vorigen Jahres fand, von Negern einberufen, der vierte panafrikanische Kongress in New York statt. Die afrikanischen Neger wandten sich in Massenversammlungen an ihre amerikanischen Stammesgenossen. Der „Chief Amos M. von der Goldküste“ sagte — einem vorliegenden Bericht zufolge — unter anderem: „Land ist reichlich da in Afrika. Unser bitterer Schmerz ist es, wenn wir den Ueberfluß der Weißen aufnehmen müssen, während die bestgeschulten und wirtschaftlichst begabten Neger infolge des Rassenhasses kein rechtes Betätigungsfeld finden können. Unser Land ist immer noch Stammeseigentum. Wer dem Schrame sich anschließt und die Pflichten übernimmt, erhält seinen Landanteil. Wir brauchen eure Hilfe in Schulung, Maschinen und Kapital. Unser Rakobau der selbstständig Eingeborenen ist jetzt schon der Plantagenkultur überlegen. Wir liefern 50 bis 60 Prozent allen Kakaos. Danach beunruhigt, ob wir faul sind, wenn die Arbeit sich lohnt und wir Anweisung haben. Wir bitten und flehen euch an, ihr geschulten Neger Amerikas, Führer unserer Rasse, wir müssen zusammenarbeiten!“

Der Weiße begeistert sich für afrikanische Kunstwerke, Tänze und Musik. Aber wieviel weiß er — der für Negerplastiken oder die Baker schwärmt — von den unbenutzten Kräften und den schlummernden Fähigkeiten, die in dieser Rasse latent sind? Ein Volk, das erst wenige Jahrzehnte aus der Sklaverei befreit ist, das heute noch gewaltsam unterdrückt, in Armut und Schmutz gehalten wird, und dennoch schon Gelehrte und Künstler von Rang, Parlamentarier und Frauenrechtlerinnen, Techniker und Kaufleute hat, die Leistungen aufweisen können: ein solches Volk wird nicht mehr allzulange in den Vereinigten Staaten mit verknüppelten Au-Flux-Klan-Methoden zu „regieren“ sein. Auch nicht mehr im Süden, wo die Lynchbarbarei keine Südhine findet.

Karl Offenbart.

28 Woche vom 7. Juli bis 13. Juli 1929
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

Gutes Braunkohlengeschäft.

Bitterfelder Braunkohlegesellschaften.

Uebereinstimmend wird in den Abschlüssen der einzelnen Werke festgestellt, daß die Förderung und sonstige Produktion gegenüber dem Vorjahr bedeutend gestiegen ist. Nach dem Geschäftsbericht der Deutschen Braunkohlenindustrie-Vereinigung betrug die Steigerung der Kohlenförderung des Reviers Bitterfeld 14,9, der Vorkammerherstellung 21,1 Proz. Diese Produktionssteigerung wurde ohne eine wesentliche Vermehrung der Belegschaft erzielt. Das finanzielle Verhältnis aus dem verfloßenen Geschäftsjahr ist trotz der großen Summen, die zur Umstellung der Betriebe erneut investiert worden sind, kein schlechtes.

Die Grube Leopold A. G. hat einen Betriebsergebnis im vergangenen Jahre von 3,8 Mill. M. gegenüber 2,59 Mill. M. im 1927 erzielt. Nach den Abschreibungen von 1,07 Mill. M. verbleibt ein Reingewinn von 864 556 M., gegenüber 171 425 M. im 1927. Für das verfloßene Geschäftsjahr wird die unterbrochene Dividendenzahlung mit 4 Prozent wieder aufgenommen. Die Reinvestitionen kommen in einer enormen Steigerung der Anlagekosten von 17,97 auf 18,86 Mill. M. zum Vorschein.

In dem Geschäftsbericht der Deutschen Grube A. G. wird erklärt, daß es durch die Zusammenlegung des Abraumbetriebes mit der Grube Maguste gelungen sei, die Abraumabfuhr von 522 778 Kubikmeter auf 794 521 Kubikmeter im 1928 zu steigern. Der Jahresdurchschnittslohn der Arbeiter sei um 1,14 Prozent je Schicht gestiegen. Die Verwaltung sagt aber nicht, daß diese Steigerung auf die Tausende von Arbeitern zurückzuführen ist. Es ist selbstverständlich, daß der Durchschnittslohn steigt, wenn statt 25 regulärer 29 und 30 Schichten im Monat verfahren werden. Der Rohgewinn der Gesellschaft erhöhte sich von 2,68 auf 2,85 Mill. M. Nach reichlichen Abschreibungen — etwa 11 Proz. des Anlagekapitals von 0,28 Mill. M. (Vorjahr 0,12 Mill. M.) — verbleibt aus dem vorliegenden Reingewinn wiederum 12 Prozent Dividende verteilt. In der Bilanz erscheinen die Debitoren mit 0,98 Mill. M., während die Kreditoren 0,17 Mill. M. betragen. Die Gesellschaft verfügt deshalb über genügende flüssige Mittel.

Die Bitterfelder Luisengrube vertreibt für das Geschäftsjahr 1928 14 Prozent Dividende auf 1 Million M. Aktienkapital. Nach dem reichlichen Reserverfonds von 47 242 M. sehen die Schuldner mit 229 308 M. den Gläubigern mit 109 490 M. gegenüber. Die Gesellschaft geht im laufenden Geschäftsjahr dazu über, ihren Betrieb ebenfalls zu modernisieren und die Förderung durch maschinelle abzuhelfen. Aus dem Vorjahresbericht ist zu ersehen, daß die Braunkohleunternehmer trotz der „ungeheuren“ sozialen Belastung über das Jahr 1928 ganz gut hinweggekommen sind.

würde auch besonders wichtig, denn nur so war es möglich, wenigstens in unserem Verbrauchsgebiet, die außerordentlich kalten Monate von Mitte Januar ab zu überleben, ohne daß von einer ausgedehnten Kohlennot gesprochen werden konnte. Die Steigerung des Bruttoabfahres für Hausbrandzwecke liegt mit 11,84 Proz. erheblich über der oben angegebenen Steigerung des Gesamtabfahres.

Schon in Form mit der im Laufe des Jahres immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Lage zeigt der Absatz an die Industrie einen bemerkenswerten Rückgang. Er war um 164 870 To. = 5,77 Prozent geringer als im Vorjahre. Der Rückgang wäre wohl noch stärker gewesen, wenn es nicht gelungen wäre, den Kreis der Industriekunden zu erweitern. Dabei hat sich die Verteilung des gesamten Absatzes auf Hausbrand und Industrie wieder merklich verschoben. Abgesetzt wurden in Prozenten des Gesamtabfahres an Hausbrandbrennstoff 77,15 Proz. (i. V. 74,08 Proz.), an Industriebrennstoff 22,85 Proz. (25,92 Proz.).

Die Lieferungen nach dem Auslande sind im Berichtsjahre im fast gleichen Verhältnis wie die Lieferungen im Inlande gestiegen. Wir haben weiterhin im Auslande unsere Geschäftsverbindungen verbliessen und enger gestalten können.

Der Verkaufspreis für Hausbrandbrennstoff betrug im Berichtsjahre 14 M. die Tonne ab Wert mit Frachtabzug und Umlage. Die im vorigen Jahre gesammelten Erfahrungen ließen es zweckmäßig erscheinen, eine etwas andere Verteilung der Sommerpreiserhöhungen vorzunehmen. Diese betragen im April 2 M., im Mai 2 M., im Juni 2 M., im Juli 2 M., im August 1 M., im März 0,50 M. Neben diesen Ermäßigungen für die Sommermonate räumten wir unseren Großhändlern nach Jahresabschluss eine Sondervergütung von 2 M. je Tonne auf die geringste Monatsabnahme des Jahres ein, die der Großhandel unter gleichen Voraussetzungen an seine Untervernehmer weiterzugeben verpflichtet ist. Zweck dieser Sondervergütung ist, in erster Linie auch dem Kleinhändler einen Anreiz zu geben, das ganze Jahr hindurch seine Mengen möglichst in gleichmäßigen Monatsmengen zu beziehen. Soweit wir heute zu übersehen vermögen, hat diese Sondervergütung die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Der Preis für Industriebrennstoff ist mit 10,92 M. die Tonne ab Wert mit Frachtabzug und Umlage bei Abschluß von Jahresverträgen über größere Mengen der gleiche geblieben.

Die Tätigkeit unserer technischen Abteilung war wieder sehr reger. Die technische Beratung unserer Verbraucher gewinnt seit einiger Zeit auch dadurch an Bedeutung, daß nicht nur von den Erzeugern anderer fester Brennstoffe, sondern

neuerdings in besonders eindringlicher Weise von den Elektrikern, vornehmlich aber von den Gaswertern, eine erhöhte Werbetätigkeit betrieben wird. Zugabe ist, daß mit der Verwendung von Elektrizität und Gas zur Wärmeerzeugung manche Wirtschaftskreise verbunden sind. Für die meisten Verbraucher sind jedoch diese Wirtschaftskreise zu teuer erkauft. Zudem haben die Kohleverbrenner für feste Brennstoffe, auch für die Braunkohlenbrennstoffe, ein so hohes Maß der Vollkommenheit erreicht, daß man von Umwandlungsverlusten oder von einer Mische bei ihrer Beheizung im Grundsatz nicht sprechen kann. Das Ausschlaggebende bei der Wahl des Brennstoffes bleibt jedoch die Kostenfrage. Wie sich hierzu die Verbraucher stellen, geht daraus hervor, daß vorläufig noch an der Deckung des gesamten Wärmeaufwandes aller deutschen Haushaltungen die Elektrizität mit 0,1 Proz., das Gas mit 3,2 Proz. und die festen Brennstoffe mit mehr als 96 Proz. beteiligt sind; an der letztgenannten Zahl nimmt das deutsche Braunkohlenbrennstoff allein mit 38 Proz. teil.

Die Staubfeuerung.

Der Absatz an blasfertigem Staub hat im Geschäftsjahre 183 000 To. erreicht. Die meisten Abnehmer gehören der Glanz- und Metallindustrie an. In dieser Richtung liegen auch die besonderen Entwicklungsmöglichkeiten unseres Staubabfahres. Die Staubfeuerung für Kohlenstaubfeuerung auf Lokomotiven in Kraft, der wir angehängt, hat die letzten Jahre mit Braunkohlenstaub gefeuerten Lokomotiven zur Probefahrtleistung an die Reichsbahn abgeliefert. Die mit rheinischem Staub ausgeführten Fahrten haben technisch ein gutes Ergebnis gehabt. Unsere Versuche zum Beheben von Kaminrostfestsitz mit Braunkohlenstaub unter Benutzung eines einfachen Brennerstems sind ebenfalls günstig verlaufen. Obwohl man die technischen Schwierigkeiten bei den verschiedenen Anwendungsorten der Staubfeuerung überwinden gelernt hat und von dieser Seite kaum mehr Hindernisse drohen, steht der weiteren Einführung der Staubfeuerung die große Geldknappheit, im Hinblick auf die erforderlichen Umbauten beim Übergang vom ständigen Brennstoff zum Staub, stark entgegen. Auch das Fehlen bahngereger Wagen zum Transport des Staubes wirkt fortgesetzt hemmend auf die Großverbreitung der Staubfeuerung.

In der Bilanz sind u. a. (alles in Millionen Mark) ausgewiesen: Geschäftsgebäude und Grundstücke 1,0, Guthaben bei Banken 21,61, verschiedene Außenstände 14,266, Wertpapiere 0,503, Bar und Wechsel 1,172, Bruttoabfahresbestand 0,772, im ganzen 39,339 Mill. M. Vermögensgegenstände, denen gegenüberstehen: Stammkapital 2,147, Guthaben der Werke 19,630, dergleichen verschiedener Gläubiger 17,567 Mill. M. Die Sicherheitsleistungen der Ruhrkraft sind auf beiden Seiten vor der Bilanz mit 7,089 Mill. M. angegeben. In der Gewinn- und Verlustrechnung stehen 2,497 Mill. M. Geschäftskosten dem gleichen Betrag an Einnahmen gegenüber.

Prozeß gegen das „Ruhr-Echo“.

Am 4. Juli fand vor dem Amtsgericht Bochum der erste Termin in einer Anzahl von Klagen statt, die unser Verbandsvorstand gegen die Redaktion des „Ruhr-Echo“ in Essen angehängt hatte. Die Klagen erfolgten wegen einer Reihe verleumderischer Behauptungen in Artikeln des „Ruhr-Echo“, insbesondere aber wegen des wiederholten Vorwurfs, daß Josefmann im Dezember 1928 oder im Januar 1929 mit dem Reichswirtschaftsminister Curtius verhandelt habe, um die Lohnbewegung der Ruhrbergleute abzumildern.

Der zunächst angeklagte Redakteur Schröder gab an, daß er die Artikel nicht selbst geschrieben habe, aber für sie verantwortlich sei. Er vertrete die Auffassung, daß Josefmann als Vertreter des Bergarbeiterverbandes keine Berechtigung habe, mit Vertretern der Regierung über irgendwelche internen Fragen der Arbeiterschaft zu verhandeln, wenn er nicht von der Arbeiterschaft selbst oder von seiner Organisation Auftrag dazu habe. In dieser Hinsicht hätten die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes schon seit 1918 berechtigte Klagen vorgebracht. Josefmann gehöre als Politiker einer Partei an, die im Koalitionsverhältnis mit anderen bürgerlichen Parteien stehe und daraus ergebe sich die Schlussfolgerung, daß Josefmann unter Berücksichtigung dieser Koalitionsverhältnisse solche Verhandlungen mit Ministern führe. Von diesem Gesichtspunkt aus sei die Frage der Verhandlungen mit Curtius zu bewerten. Ob Josefmann die Tatsache bestreite, mit Ministern verhandelt zu haben, wisse er nicht. Aus den Reichstagsprotokollen sei aber ersichtlich, daß Gewerkschaftsführer, zur Zeit der Bergarbeiterbewegung auch Führer des Bergarbeiterverbandes, mit Curtius verhandelt hätten. Curtius habe nach dem Reichstagsprotokoll gesagt, daß er mit den Gewerkschaftsorganisationen allezeit gute Fühlung gehalten habe. Wie er mit den Unternehmerorganisationen verhandle, so habe er es auch mit den Gewerkschaften und werde es auch in Zukunft so halten. Josefmann habe in der Reichstagsdebatte vom 6. Juni 1929 dem Reichswirtschaftsminister seinen Dank ausgesprochen, weil er sich dafür eingesetzt habe, daß vor dem Wirtschaftsausschuß des Reichsbundes auch Arbeitervertreter zur internationalen Kohlenfrage gehört wurden. Beim englischen Bergarbeiterstreik 1926 habe Josefmann Verrat an der proletarischen Klasse verübt, indem er Streikbrecher nach England gelangen ließ, ohne irgend etwas dagegen zu unternehmen. Dies Verhalten müsse jeder Arbeiter als Verrat empfunden. Im Ruhrkampf vom April 1928 wurde ein Schlichterspruch gefällt, der die Möglichkeit der Kündigung bei einer Kohlenpreiserhöhung vorsehe. Diese Möglichkeit sei nicht ausgeübt worden, obwohl sie die Folge gehabt hätte, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bergleute herbeizuführen. Sowohl in der Unterlassung dieser Kündigung, gegen die eine Reihe von Zahlstellen des Verbandes protestiert hätte, wie in den Besprechungen mit Curtius hätte eine Reihe von Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes Verrat gesehen.

Josefmann führte aus: Es handelt sich bei den Klagen in der Hauptsache um die verleumderische Behauptung, daß ich mit Curtius Verhandlungen geführt hätte, um eine Lohnbewegung der Ruhrbergleute abzumildern. Das „Ruhr-Echo“ behauptete zunächst, daß diese Besprechung am 16. Januar stattgefunden hätte. Auf meine Richtigstellung im Bochumer „Vollblatt“ und im Dortmunder „General-Anzeiger“ behauptete das „Ruhr-Echo“ am 23. Januar, daß die Besprechung am 12. Dezember stattgefunden hätte. Beides ist unrichtig. Weder im Dezember, noch im Januar hat eine solche Besprechung stattgefunden! Erst am 26. Februar fand eine Besprechung der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen mit dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsarbeitsminister und Vertretern des preussischen Handelsministeriums statt. In diesen Konferenzen nahmen nicht nur unsere Verbandsvorstände teil, sondern auch die Vertreter der anderen Bergarbeiterorganisationen. Die Sitzung war veranlaßt worden durch die Veröffentlichungen der Unternehmern über die Rentabilität des Ruhrbergbaus. In dieser Konferenz wurden die Arbeiterverbände ermahnt, von Maßnahmen irgendwelcher Art Abstand zu nehmen und sich zunächst zu der Unternehmernberatung zu äußern. Ich habe in dieser Konferenz erklärt, daß wir irgendwelche Ein-

klagen nicht eingehen könnten, sondern bündig freie Hand behalten müßten. Auch in einer weiteren Konferenz am 22. März wurde unsererseits jede Bindung abgelehnt, wir lehnten auch ab, in einem kleinen Ausschuß zur Untersuchung der Lage des Ruhrbergbaus einzutreten, weil wir der Meinung waren, daß diese Untersuchung Aufgabe des Reichskohlenrats sei.

Ich habe also genau das Gegenteil von dem gesagt, was die Artikel mir vorwerfen. Die Erhöhung der Kohlenpreise vom Mai 1928 hat mit diesen Artikeln gar nichts zu tun und ebenso ist es mit meinem Dank an den Reichswirtschaftsminister in meiner Reichstagsrede. Die Fühlungnahme des Reichswirtschaftsministers mit Gewerkschaften und mit Unternehmerverbänden versteht sich von selbst. Ebenso selbstverständlich war meine Anerkennung für die Bemühungen des Reichswirtschaftsministers, daß zu den Beratungen des Wirtschaftsausschusses beim Völkerverbund Arbeitervertreter hinzugezogen wurden. Verhandlungen mit dem Ziel, eine Bewegung der Bergleute zu verhindern, haben niemals stattgefunden. Bei dem englischen Streik 1926 hat unser Verband sich gegen das Verfahren von Ueberwachern gewandt, er hat damit aber gerade bei denjenigen Bergarbeitern die wenigste Gegenliebe gefunden, die dem „Ruhr-Echo“ am nächsten stehen. Für einen Streik war in jener Zeit keine Stimmung vorhanden, wir wären mit einem solchen Streik glatt herbeigefallen. Ich habe aber damals mit den zuständigen Organen der deutschen Kohlenwirtschaft verhandelt, damit keine Kohlen nach England gingen. Daß dies nicht erfolglos gewesen ist, zeigen die Ausfuhrziffern. Von anderer Seite ist uns der Vorwurf gemacht worden, daß wir die Konjunktur damals nicht richtig ausgenutzt hätten.

Nach dem Schlichterspruch vom April 1928 eine geringe Kohlenpreiserhöhung erfolgte, hat unser Verband sorgfältig geprüft, ob es möglich sei, durch eine Kündigung des Vertrages mehr für die Bergarbeiter herauszuholen. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß dies zwecklos sei.

Auf die Frage des Rechtsanwalts D. u. h., ob nicht die Mehrheit der Verbandsmitglieder im vorigen Sommer die Kündigung verlangt hätte, erklärte Josefmann, daß von 400 Zahlstellen im Ruhrgebiet vielleicht nur 15 Zahlstellen ein solches Verlangen gestellt hätten und auch diese nur, weil sie von der kommunistischen Zentrale in Essen dazu instigiert wurden.

Doch will unter Beweis stellen durch die Vernehmung eines Zahlstellenanwaltes aus Weidenwerth, daß nicht nur die Möglichkeit einzelner, sondern vieler Zahlstellen die Kündigung verlangt habe. Er will weiter unter Beweis stellen, daß Josefmann das Versprechen abgegeben habe, bei der Kohlenpreiserhöhung die Kündigung vorzunehmen. Er bezieht sich weiter auf das Zeugnis des Reichswirtschaftsministers Curtius, der über Konferenzen mit Josefmann auszusagen soll. Die weiteren Fragen des kommunistischen Rechtsanwaltes zeugen von einer Unkenntnis gewöhnlicher Dinge, die man kaum für möglich halten sollte. So fragte er, ob während einer Bewegung den Ortsgruppen des Verbandes Bericht erstattet werde, ob Urabstimmungen stattfinden usw. Josefmann mußte ihm auseinandersetzen, daß für eine Bewegung an der Ruhr zunächst die Ruhrbezirksleitung zuständig ist mit ihrer Bezirkskommission, die aus in Arbeit stehenden Kameraden besteht. Der Vorstand habe auch nicht der Revierkonferenz Bericht zu erstatten, sondern die Bezirksleitung.

Der gegnerische Rechtsanwalt führte weiter aus, daß die Vorwürfe der Ausschüsse des Verrats, des Verschwindens, des Komplotts usw. ein Urteil darstellen. Es solle gar nicht behauptet werden, daß Josefmann durch sein Verhalten persönliche Vorteile erstrebe.

Auf die Frage des Beklagten Schröder, warum Josefmann seinerzeit nicht auch dem „Ruhr-Echo“ eine Verächtigung geschickt habe, antwortete Josefmann, daß er das längst aufgegeben habe. Denn unter 25 Nummern war eine Zeit lang die ihm nicht beschämte so könne er natürlich nicht alles berichten. Die Verächtigung

Das Rheinische Braunkohlenyndikat

veröffentlicht seinen Bericht über das Ende März 1929 beendigte Geschäftsjahr. Trotz Schiffsfahrtsstrecke und Nordwestausperrung haben die Syndikatswerke ihre Erzeugung weiter steigern können. Das Syndikat ist bekanntlich bis 1945 verlängert. Den Pressemitteilungen über den Bericht (dieser selbst liegt uns noch nicht vor) entnehmen wir:

Die Kohlenförderung und Bricketherstellung

seit dem Jahre 1913/14 hat die nachstehende Entwicklung genommen (in Millionen Tonnen):

Geschäftsjahr	Rohbraunkohlen	Bricketts
1913/14	21,184	5,942
1919/20	25,226	5,760
1920/21	32,102	7,014
1921/22	34,776	7,543
1922/23	38,998	7,550
1923/24	43,976	8,102
1924/25	35,760	8,145
1925/26	39,528	9,088
1926/27	40,998	9,708
1927/28	45,145	10,562
1928/29	49,292	11,450

Die Förderung stieg im Berichtsjahr fast in gleichem Umfang wie im vorhergehenden Jahre, und zwar um 9,18 (im Vorjahr 10,18) Prozent. Sie erreichte mit einem Mehr von 4,146 Mill. To. eine Gesamtmenge von 49,292 Mill. To. Auch die Bricketherstellung erhöhte sich weiterhin um 8,41 (8,79) Proz. Sie stieg um 0,888 Mill. To. auf 11,450 Mill. To. Die von Ende Januar bis Ende März herrschende starke Kälte hat zwar Ausfälle in der Förderung und damit auch in der Bricketherstellung verursacht, die Ausfälle sind aber nicht so erheblich gewesen, daß dadurch ernste Verlegenheit entstanden wäre.

Der Absatz an Rohbraunkohlen

stieg um 1,225 Mill. auf 11,971 Mill. To., mithin um 11,4 (12,08 Proz.). Im Gegensatz zum Vorjahr entfiel das Mehr fast ausschließlich auf den Absatz an die Elektrizitätswerte; es betrug 2,25 Proz., während der Absatz an sonstige Verbraucher nur um 0,27 Proz. stieg. Der Absatz des Berichtsjahres sowie der vorhergehenden Jahre gestaltete sich wie folgt:

Geschäftsjahr	Absatz in Millionen Tonnen	+ Zu- od. - Abnahme in %
1913/14	1,058	+ 24,23
1919/20	6,226	+ 1,26
1920/21	9,269	+ 48,87
1921/22	10,214	+ 10,20
1922/23	12,345	+ 20,87
1923/24	5,421	- 56,09
1924/25	9,396	+ 72,82
1925/26	10,054	+ 7,00
1926/27	9,533	- 4,59
1927/28	10,746	+ 12,68
1928/29	11,971	+ 11,40

Der Brickettsabfahres

hat im Berichtsjahre nicht die Steigerung wie im Vorjahre erfahren; sie betrug nur 6,90 Proz. (gegenüber 10,36 Proz.). Die Ursache liegt darin, daß wir ohne jede Lagermengen auf den Werken in das Geschäftsjahr hineingingen und daher für den Absatz in diesem Jahr das erstmalig nur die laufende Erzeugung zur Verfügung hatten. Im einzelnen umfassen (in Mill. To.): der Hausabfahres 0,328 (i. V. 0,302), der Eisenbahnabfahres 8,692 (8,034), der Schiffabfahres 2,021 (1,992), der Gesamtabfahres 11,041 (10,328); davon an die Industrie 2,523 (2,677), als Hausbrand 8,518 (7,651). Die Staffellung nach Sommer- und Winterpreisen für Hausbrandzwecke betrafte sich wieder. Die Nachfrage nach Bricketts war insbesondere in den Sommermonaten außerordentlich groß, ein Zeichen, daß Kleinhandlung und Verbraucher wieder allgemein zur Anlegung von Vorratlagern schritten. Eine Bevorratung

an das „Volkblatt“ und den Dortmund „General-Anzeiger“ habe er auch nur auf Anfrage gegeben.

Da weitere Klagen gegen Hüttenhauer und Florin ähnliche Verleumdungen betreffen, sollen sie zusammen mit der vorliegenden Klage behandelt werden. Wenn die Beklagten Beweisanträge zu stellen haben wird weil der Reichswirtschaftsminister kommissarisch vernommen werden soll, wird die Sache vertagt.

Das „Ruhr-Echo“ berichtet über die Verhandlung unter der Überschrift: „Susemann auf der Anklagebank.“

Sein Berichtshatter hat Susemann „altersd, nervös, verlegen, rot wie ein Krebs“ gesehen. Die Leute haben wirklich eine üppige Phantasie!

Es ist natürlich nicht wahr, was der Angeklagte Schröder nach dem „Ruhr-Echo“ ausführte, daß „Susemann im Reichstag Minister Curtius offen seinen Dank ausgesprochen habe, daß er den Wünschen der Gewerkschaften in jeder Beziehung entsprochen habe.“

Schröder sollte eigentlich wissen, daß Susemann sich so gar nicht ausgedrückt haben kann, weil Curtius in manchen Fragen eben nicht den Wünschen der Gewerkschaften entsprochen hat. Susemann hat nach dem Stenogramm der Reichstagsverhandlungen gesagt:

„In dankenswerter Weise hat das Wirtschaftskomitee des Völkerbundes das internationale Kohlenproblem aufgegriffen, und es ist dafür gefogt worden, daß auch Vertreter der Arbeiter gehört wurden. Wir danken dem Herrn Minister, daß er dafür gefogt hat, daß wir auch deutsche Vertreter entsenden konnten.“

In derselben Rede machte Susemann aber auch dem Reichswirtschaftsminister den Vorwurf, daß es „den Angaben der Unternehmer mehr Glauben geschenkt habe, als den sachlichen Darlegungen der Bergarbeiterorganisationen.“

In besonderem Fettdruck steht der Bericht eine Bemerkung Susemanns hervor, „es verstehe sich in Deutschland von selbst, daß der Reichswirtschaftsminister immer mit den Gewerkschaften in Verbindung stehe.“

Diese Tatsache, daß die Reichsministerien nicht, wie in der Vorkriegszeit, nur mit den Unternehmern verhandeln, sondern auch mit den Gewerkschaften, schätzen wir als einen selbstverständlichen, aber großen Erfolg der Arbeiterbewegung ein. Als nach dem Graueranglied von Raddob der preussische Handelsminister zu einer Konferenz zur Besprechung einer Berggesetznovelle auch zwei Arbeitervertreter einlud, spien die Unternehmer Gift und Galle, weil sie mit Arbeitern überhaupt nicht verhandeln wollten. Fremdbildner sagte ihnen dann der Minister zu, daß er ganz bereit sei, auch die Unternehmer nachher allein zu empfangen. Jahrgesandlung fanden die Gewerkschaften bei der Regierung kein Gehör. Heute wird kein wirtschaftlich oder sozialpolitisch wichtiges Gesetz vorgelegt, zu dem nicht vorher die Verbände gehört werden. Daß die Ministerien auch die Unternehmerverbände hören, ist selbstverständlich. Aber ist es kein Erfolg, daß auch hier die Arbeiterorganisationen gleichberechtigt sind?

In der Hauptsache bleibt der Bericht des „Ruhr-Echos“ aber immer noch bei seinen unwahren Behauptungen. So heißt es darin:

„Susemann, von dem Curtius sagt, daß er in Lohnfragen nichts ohne ihn unternahme, will den Anschein erwecken, daß mit Curtius weder am 12. noch am 11. Dezember, noch im ganzen Dezember oder November Besprechungen stattgefunden hätten. Er will uns weismachen, erst am 26. Februar sei auf Einladung der Regierung in Berlin eine Besprechung erfolgt, die sich mit der Lage im Ruhrbergbau beschäftigte.“

Daß Susemann auch in diesem Punkte die Wahrheit gesagt hat, daß von „Anschein erwecken“ oder „weismachen“ nicht die Rede sein kann, wird die Vernehmung des Ministers Curtius ergeben.

Zu den Bemerkungen des Rechtsanwalts Obuch, daß die Verhandlungsmitglieder nicht gefragt wurden, wenn es sich um Lohnbewegungen usw. handle, sei kurz auf die einzig mögliche Form verwiesen, in der sich Vorbereitung und Führung solcher Bewegungen abspielen müssen. Tarifkündigungen und Lohnbewegungen sind von der Bezirksleitung vorzubereiten. Das

Gustav Schreiter tritt in den Ruhestand.

Gustav Schreiter, der Geschäftsführer unserer Betriebsfirma H. Hansmann u. Co. und unseres Druckereibetriebes, ist mit Ende Juni aus unseren Diensten ausgeschieden. Im Januar d. J. schon feierte er seinen 65. Geburtstag mit dem Entschlusse, einem jüngeren Kameraden Platz zu machen und sich in den wohlverdienten Ruhestand zurückzuziehen. Sein endgültiges Ausscheiden hat sich dann bis jetzt hingezogen. Wir ersparen es uns bei dieser Gelegenheit, den verdienstvollen organisatorischen Werdegang unseres lieben Freundes nochmals aufzurollen, da wir das selbe gelegentlich seines 65. Geburtstages im Januar d. J. schon taten, weshalb wir hier nur darauf verweisen wollen.

Nur kurz sei nochmals vermerkt, daß sich Gustav Schreiter unvergeßliche Verdienste um die Entwicklung unseres Druckerei- und Verlagsbetriebes erworben hat und mit den wenigen und deshalb teuren Mitteln, die eine Arbeiterorganisation für solche Unternehmen erübrigen kann, etwas wirklich Beachtenswertes geschaffen hat. Die Organisation und Leistung des Betriebes ist weit über den Kreis unseres Verbandes hinaus als mustergültig bekannt. Das ist um so höher zu bewerten, als unser Freund Gustav nicht als „Fachmann“ seine Tätigkeit aufgenommen hat, sondern, aus der schweren Bergmannsarbeit herauskommend, sich in den Betrieb einarbeiten mußte. Mit Stolz kann er heute, am Ende seiner Tätigkeit, sagen: Ich hab's geschafft!

Wir sehen ihn ungern scheiden, den alten Kameraden, den jeder, der mit ihm zu tun hatte, lieb gewinnen mußte. Wir hoffen nur, daß es ihm noch lange Jahre gegönnt sein möge, von seinem arbeitsreichen und verdienstvollen Leben auszuruhen. Sein Nachfolger, der in ihm einen guten Lehrmeister hatte, ist Kamerad Willy Kauermann.

geht in Zusammenarbeit mit der Bezirkskommission. In ihr sind die in Arbeit stehenden Kameraden ausüßiggehend. Im Ruhrgebiet sind es 15 Kameraden. Dem Vorstand, der in seiner Mehrheit ebenfalls aus in Arbeit stehenden Kameraden besteht, ist über beabsichtigte Tarifkündigungen, Lohnbewegungen usw. zu berichten. Streiks bedürfen in kleinen Kreislagen der Zustimmung der Mitgliedschaft, in großen Bezirken der Konferenz und der Zustimmung des Vorstandes. Die Konferenz besteht aus 150 von den Geschäftsführerkonferenzen gewählten Mitgliedern, wozu noch die letzten Generalversammlungsdelegierten treten. Vorstandsbesitzer und Beiratsmitglieder haben in diesen Konferenzen nur beratende Stimme! Bei Streit über eine Streikgenehmigung, wenn es sich um mindestens 100 000 Beteiligte handelt, ist eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.

Es ist selbstverständlich einfach unmöglich, in allen Wäsen von Lohnbewegungen Entscheidungen vorzunehmen, unsere Statutbestimmungen entsprechen sowohl den Anforderungen der Demokratie wie der Praxis! Vertrauen zur selbstgewählten Leitung ist eine Vorbedingung für erfolgreiche gewerkschaftliche Arbeit. Dies Vertrauen ist in unserem Verbandsverbanden! Vertrauen zum Gesamtvorstand, Vertrauen zu Susemann! Letzterer erhielt bei der Vorstandswahl in Magdeburg 127 Stimmen von 150! Der Antrag auf Entlastung des Vorstandes wurde gegen sechs Stimmen angenommen und die Entschlieung 11a, die anerkennt, daß der Vorstand alles getan hat, was zur Erhöhung der Löhne und zur Verkürzung der Arbeitszeit möglich war, gegen wenige Stimmen. Alle Mißtrauensanträge wurden ebenso abgelehnt.

Wir denken nicht daran, daß unsere sachlichen Darlegungen auf unseren Prozeßgegner irgendwelchen Eindruck machen könnten. Wir machen sie nur zur Information unserer Kameraden.

nach Meinung des Herrn Ministers nicht in die Saargängerfursorge gehören. Durch das Merkblatt geht wie ein roter Faden die individuelle Handhabung. (Das Stedenfeld der Frau Dr. Doosternann!) Nach niemals und auch keine in Frage kommende Stelle hat jemals an eine individuelle Handhabung bei den Berg- und Hüttenarbeitern des Saargebietes gedacht. Die Folge dieses Merkblattes im Regierungsbezirk Trier ist, daß die Außenbehörden nun dazu übergehen, das Merkblatt inhalts- und sinngemäß zu handhaben. Das hat zur weiteren Folge, daß einzelne Saargänger im Regierungsbezirk Trier, insbesondere im Landkreis Trier (andere Landräte sagen, daß sie diesen Unfuss nicht machen wollen, bevor nicht vom Herrn Minister für die bestetzten Gebiete Anweisungen ergehen), überhaupt keine Unterstützung und kein Fahrgehd mehr erhalten. Andere hingegen erhalten nur Fahrgehd oder nur Unterstützung. Wo mehrere ledige Saargänger in einem Haushalt sind, erhält nur noch einer, in manchen Fällen überhaupt keiner mehr die Unterstützung. Ja, im Regierungsbezirk Trier ist so überhaupt nicht mehr festzustellen, wer bezüglich der Saargängerfursorge noch etwas zu sagen hat. (Im Westkreis Wadern hat man noch keine Klagen gehört.) Auch läßt die Regierung zu Trier verflucht lange auf Antwort warten, vorausgesetzt, daß man überhaupt Antwort erhält, wenn man in Sachen der Saargängerfursorge eine Eingabe macht.

Was sagt der Herr Minister der bestetzten Gebiete bzw. die Reichsregierung hierzu? Hoffentlich wird die Handhabung der Saargängerfursorge von der Regierung bestimmt, damit nicht jeder nach Belieben wurselt wie er will. Auch ist zu erwarten, daß die Leute das ihnen vorenthaltene Geld zurück erhalten. Hoffen wir es!

In der Sadgasse erstickt.

Am 25. Juni verunglückte auf der Beche Oberhausen, Schacht Grillo, drei Bergarbeiter tödlich.

In einem Abbaufeld des Flözes E auf der dritten Sohle brach kurz vor Schichtbeginn die Sohlenstrecke zusammen. Das Flöz ist etwa 70 Meter mächtig, hat ein Einfallen von nur wenigen Grad und wird im breiten Stoß mit Blindortbetrieben abgebaut. Der Stoß ist etwa 350 Meter hoch. Neben den obersten Strecken befindet sich in der Mitte auch noch eine sogenannte Holzstrecke. Zwischen dieser und der unteren, zu Bruch gegangenen Sohlenstrecke wird noch ein sogenanntes Fluchtort mitgeführt.

Als nun der Bruch eintrat, mußten die Leute einen Umweg entweder durch das Fluchtort oder durch die Holzstrecke machen, um zur Hauptstrecke zu kommen. Unglücklicherweise geriet die Kolonne, etwa sieben Mann stark, statt in das Fluchtort in ein darüber liegendes Blindort. Die Spitze von vier Mann war schon vorausgeweit, während die nachfolgenden drei Mann, darunter ein erfahrener Verbandskammerad, der erst wenige Wochen auf der Grube arbeitete, noch weiter zurück waren. Der erfahrene Kamerad merkte sehr bald, daß man falsch hineingelaufen war. Auch schien ihm die Luft nicht geheimer. Als auch noch einer seiner Begleiter Symptome besonderer Müdigkeit zeigte, machte er kehrt und rief seine beiden Begleiter mit. Die Strecke war ihm auch schon deshalb aufgefallen, da sie nicht ausgebaut war und daß man nur mühsam über Brüche vorwärts kommen konnte. Er ging dann mit den beiden Kameraden höher heraus zur Holzstrecke und durch diese hindurch in den Bremsberg. Als er dann mit seinen Begleitern im Bremsberg an das Fluchtort kam, welches in diesen Ausfall (sämtliche Blindörter sind am Bremsberg zugepakt), ging er auch noch etwa 100 Meter in die Fluchtstrecke hinein. Diese Strecke ist über 450 Meter lang. Er kehrte dann, nachdem er niemanden getroffen hatte, auch wieder um, war sich aber nicht im klaren, ob dieses jene Strecke war, in die man vorher vom Stroh aus hineingerannt war. Er rechnete mit der Möglichkeit und glaubte, daß dann die vier Vorausgegangenen nun schon vor ihm zum Schacht seien. Am Schacht angekommen, meldete er jedoch den Vorfall. Man stellte dann fest, daß die betreffenden Kameraden noch nicht ausgefahren seien und lehte mit der Rettungsaktion ein, indem man Leute mit Sauerstoffgeräten hineinschickte.

Man fand dann tatsächlich die vier Mann in dem Blindort über dem Fluchtort. Sie waren etwa 150 Meter weit über Brüche hineingetrogen und sind dann, durch matte Wetter entkräftet, liegen geblieben. Während einer von ihnen noch lebte, waren drei bereits tot.

Und die Lehre dieses unheilvollen Vorganges? Wir wollen nicht vorgreifen, da sich die Grubensicherheitskommission mit dem Fall noch einmal eingehend zu beschäftigen haben wird. Das Unglück deutet Mängel an unserem Sicherheitsstreben auf, die geradezu haarträubend sind. Zu prüfen ist hier besonders, ob die bergpolizeilichen Vorschriften hinsichtlich Verfall totor Strecken erfüllt waren.

Aus dem Saargebiet.

Mißbräuche und Mißgriffe. Saargängerfursorge.

Um die Saargänger im Jahre 1928 zu betreuen, war die Summe von 7 476 732,68 M. erforderlich. Es wurden verausgabt in Preußen 4 026 030 M. oder 53,85 Proz., in Bayern 3 045 130 M. oder 40,73 Proz., in Württemberg 400 842,68 M. oder 5,36 Proz., in Hessen 4730 M. oder 0,06 Proz., zusammen 7 476 732,68 M. oder 100 Proz.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags hat im diesjährigen Etat (1929) den Betrag von 6 Mill. M. eingeseht. Es kann demnach die Weiterführung der Hilfsmaßnahmen für Arbeitnehmer, die im Saargebiet, in Elsaß-Lothringen und Luxemburg arbeiten und im deutschen Zollgebiet (Innschweid) wohnen, als gesichert angesehen werden. Eine Ueberprüfung dieses Betrages ist angelehnt der angeordneten Finanzlage des Reiches mündlich. Daß die Länderregierungen den die 6 Mill. M. überschreitenden Betrag übernehmen wollen, dürfte außer Zweifel stehen, denn das ist einwillig und unabweisend in einer Beibringung der Ländervertreter, die im Laufe des Monats April im Reichsministerium für die bestetzten Gebiete stattgefunden hat, zum Ausdruck gekommen. Die Folge ist also, daß mit 500 000 M. im Monat auszukommen ist. Es findet sich anstehend kein gangbarer Weg, wie das ermöglicht werden soll. Dieserfalls hat das Reichsministerium der bestetzten Gebiete den Vorschlag gemacht, ab 1. Mai d. J. die Fahrgeldentlastung nur noch bis einschließl. 1. Oktober 1929 zu zahlen und das ist ab die Saargängerfursorge einzustellen. Dergegen haben sich die Gewerkschaften ganz entschieden gelegentlich einer Besprechung, die unter Leitung des Reichsministers der bestetzten Gebiete und der Vertreter der Länder einschließl. der Gewerkschaftsvertreter stattgefunden hat, ausgesprochen. Auch hat der preussische Minister des Innern dagegen Bedenken erhoben. Das gleiche war aus Abgeordnetenkreisen festzustellen. Es blieb also anstehend trag allem kein anderer Weg übrig, als mit den 6 Mill. M. auszukommen.

Es ist nun der Reichsregierung, den Gewerkschaften sowie allen Saar-, Lothringen- und Luxemburggängern nicht unbekannt, daß sich allerschand Elemente in die Saargängerfursorge eingeschlichen haben. Hier soll von den vielen Fällen nur auf einige hingewiesen werden. Es ist vorgekommen, daß sich Arbeiter (Cybermeister usw.), die im Saargebiet 20 bis 30 und mehr Leute beschäftigen, in der Heimatgemeinde als Saargänger eingetragen haben und die Saargängerunterstützung einschließl. der Fahrgeldentlastung bezogen. Gewerbetreibende sind als Sozi-

fierer einige Tage ins Saargebiet haustieren gegangen und haben ebenfalls eine Zeitung Saargängerunterstützung und Fahrgeldentlastung bezogen. Es sind sogar sogenannte Gefälligkeitsbescheinigungen ausgestellt worden, um in den Genuss der Saargängerfursorge gelangen zu können. Diese Beispiele könnten noch erheblich erweitert werden. Es ist selbstverständlich (was auch von allen Saar-, Lothringen- und Luxemburggängern anerkannt wird), daß mit den Steuergroschen, die unsere deutschen Volksgenossen aufbringen müssen, kein Mißbrauch getrieben werden darf.

Es steht außer allem Zweifel, daß Mißbräuche vorgekommen sind. Die Saar-, Lothringen- und Luxemburggänger (sogenannte Finanzmänner), für die ja auch ursprünglich die Saargängerfursorge eingerichtet worden ist, wehren sich ganz entschieden gegen jeden Mißbrauch. Das Reichsministerium der bestetzten Gebiete hat dieserhalb Anweisungen an die Länderregierungen ergehen lassen, daß Personen, die weder eine feste Arbeitsstelle im Saargebiet, in Elsaß-Lothringen oder in Luxemburg nachweisen können, oder Personen, bei denen der Begriff des Wohnens im deutschen Zollgebiet nicht gegeben ist, der Hilfsmaßnahmen nicht teilhaftig werden, daß eine feste Arbeitsstelle nachzuweisen und das Wohnen genau zu prüfen ist (polizeiliche Meldung). Ob diese Maßnahmen ausreichen, um mit den zur Verfügung stehenden 6 Mill. M. auszukommen, soll hier nicht unterucht werden.

Es sollen jedoch grundsätzliche Änderungen nicht vorgenommen werden, bevor nicht vom Reichsministerium der bestetzten Gebiete andere Anweisungen erfolgen. Um eine genaue Ueberprüfung zu erhalten, hat das Reichsministerium der bestetzten Gebiete Fragebogen herausgegeben, die genau und gewissenhaft auszufüllen sind. Ob überhaupt eine Änderung auf Grund der veränderten Verhältnisse vorgekommen werden muß, steht noch dahin.

Der Reichstagsabgeordnete Bädler (CDU.) hat in seiner Rede, die er am 22. Juni während der Rheinlandsdebatte im Reichstag gehalten hat, unter anderem gesagt, daß die Sozialdemokraten an der Saargängerunterstützung nicht rütteln lassen, solange an der Saargrube die gleichen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse herrschen wie bisher. Wenn notwendig, müssen weitere Mittel durch Nachfragsrat bereitgestellt werden.

Die Länderregierungen sind nun dabei, die genannten Prüfungen vorzunehmen. Was tut nun der Herr Regierungspräsident von Trier? Im Gegensatz zu seinem Kollegen von Speyer läßt er ein Merkblatt für die Saargängerfursorge im Regierungsbezirk Trier los, das alles andere, nur nicht die Anweisungen des Herrn Ministers für die bestetzten Gebiete befolgt, nämlich bei den Regierungsmassnahmen diejenigen ausschalten, die

Verbandsnachrichten

Wegen Verstoßes gegen den Giesener Beschluß und die Bestimmungen des Statuts wurden aus dem Verbands ausgeschlossen: Josef Augera (S.-Nr. 1 218 323) aus Hindenburg, Johann Ertz bis (S.-Nr. 1 445 052), Obermarxloh, Josef Weinhold (S.-Nr. 1 442 486), Paul Süßmann (S.-Nr. 1 451 119), Peter Eitenauer (S.-Nr. 1 373 228), Heinrich Zehner (S.-Nr. 1 209 190), Kurt Spindler (S.-Nr. 1 373 488), Fritz Thentischer (S.-Nr. 1 444 867), August Wilschle (S.-Nr. 1 451 079), sämtlich aus Hamborn, Kurt Gubling (S.-Nr. 1 061 063), Berner III. Franz Wiggaldski (S.-Nr. 1 286 703), Berner IV. Arthur Pähnel (S.-Nr. 1 287 897), Waltrud Karl Kömig (S.-Nr. 1 442 471), Lohberg, August Schmittai (S.-Nr. 1 278 827), Gelsenkirchen, Karl Maß (S.-Nr. 1 275 875), Gelsenkirchen, Franz Lange (S.-Nr. 1 287 325), Mar. Ludwig Waczakowski (S.-Nr. 1 277 863), Gelsenkirchen II. Friedrich Glöbe (S.-Nr. 1 379 632), Hudaude, Paul Hauels (S.-Nr. 883 224), Dorffeld, Hermann Eberlein (S.-Nr. 1 368 247), Gladbeck I. Gustav Deder (S.-Nr. 1 371 104), Gladbeck II. Rudolf Groth (S.-Nr. 1 370 965), Bottrop I. Josef Böhm (S.-Nr. 1 370 450), Bottrop-Eigen, Karl Grabowski (S.-Nr. 1 369 975), Gladbeck-Brand, Willi Keumann (S.-Nr. 1 217 237), Altenessen I. Anton Homölle (S.-Nr. 1 405 161), Altenessen I. Johann v. d. Linde (S.-Nr. 1 217 428), Wergeborbed, Hermann Lenz (S.-Nr. 1 416 471), Sünner, Paul Maack (S.-Nr. 1 442 401), Duisburg-Beek, Karl Altenherne (S.-Nr. 1 379 630), Dortmund-Hudaude, Johann Winkenflügel (S.-Nr. 1 456 726), Essen-Borbeck, Karl Schneider (S.-Nr. 425 379), Rarmp, Josef Melber (S.-Nr. 1 370 267), Bottrop IV. Franz Bogdal (S.-Nr. 1 442 283), Essen-Mittelscheid.

Der Ausschluß des Kameraden Peter Bethe (S.-Nr. 1 287 342), Westerholt, wurde rückgängig gemacht.

Adressenveränderungen.

Dortmund I. Unser Zahlstellenkassierer, Bernhard Wamgold, wohnt nicht mehr Postgasse 11, sondern Schüchtermannstraße 27.

Bibliothek.

Zahlstelle Affen. Die Bibliothek ist wegen Revision bis zum 15. August geschlossen.

Bücherverleih.

Sodingen. Vom 15. Juli bis 1. August. Bücher bereit haben!

Werden die Knappschaftsvereine in Polnisch-Oberschlesien liquidiert?

Seit mehr als einem Jahre gärt es unter den Bergarbeitern der Wojewodschaft Schlesien, weil die Regierungsmaschine in Warschau einen Entwurf ausgearbeitet hatte, wonach in Polen die allgemeine Versicherungspflicht eingeführt werden soll. Der Entwurf besteht aus 252 Artikeln, unter denen Artikel 79 die ober-schlesischen Knappschaftsvereine („Spółka Bracka“ in Zarnowitz und Knappschaftsverein in Wleś) behandelt. In die neue Sozialversicherung sollen alle Arbeiter Polens nebst allen Arbeiterinnen und weiblichen Bediensteten einbezogen werden. Um das schaffen zu können, sollen alle Krankenkassen (auch die Knappschaftskrankenkassen) sowie die Alters- und Invalidenversicherung, bezw. die Privatangelegtenversicherung in einen Kessel geworfen werden und alle Rentempfänger sollen die gleichen Rechte haben. Wir haben in Polen etwa 75 bis 80 Prozent Arbeitnehmer, die keiner Versicherung angehören und auf ihre alten Tage auf Almosen ihrer Mitmenschen angewiesen sind. Jeder vernünftig denkende Mensch wird diesen Schritt der Warschauer Regierung unterstützen, aber nur unter der Bedingung, daß den Knappschaftsvereinen die Autonomie belassen wird. Die Knappschaftsvereine sollen mit ihrem Vermögen die Grundlage zu dieser Versicherung bilden. Was die Krankenkassenbezüge betrifft, so soll nach der Regierungsvorlage die Bezugsdauer des Krankengeldes von 26 auf 29 Wochen erhöht werden. Die Wochenbezüge soll dagegen gekürzt werden. Der Entwurf schweigt sich aber darüber aus, was mit den vielen Knappschaftskrankenhäusern geschehen soll, ob sie zu Militärkasernen oder Wohnungen umgebaut werden. Der Entwurf will nur Ambulanzstellen an mehreren Stellen einer großen Industriegemeinde errichten. Weil der Entwurf so viele Hinterbüden hat, weigern sich Knappschaftsvorstände, Knappschaftskassen sowie Belegschaften, diesem Entwurf zuzustimmen. Sie wollen ihre Selbstständigkeit weiter behalten, und zwar mit vollem Recht. Heute kann der Bergarbeiter, wenn er untauglich zur Werkarbeit ist, eine Knappschaftspension beziehen, dagegen nach der neuen Vorlage erst mit 65 Jahren oder wenn er nicht mehr als ein Drittel seiner Arbeitsfähigkeit besitzt, die aber nicht die Berufsarbeit, sondern jede andere Arbeit betrifft. Der Bergmann, der in seinen letzten Jahren nur Nebenarbeiten verrichtet, erhält dann eine bedeutend niedrigere Rente, weil nach dem Entwurf die Lohnsumme der letzten zwei Arbeitsjahre zur Berechnung der Rente gelangt. Damit würde man den Knappschaftsmitgliedern ein großes Unrecht antun. Der Knappschaftsältestenverein, der beide ober-schlesische Knappschaftsvereine umfaßt, hat zu dieser Angelegenheit schon mehrmals Stellung genommen und bei der Regierung energischen Protest eingelegt. Weiter waren die Knappschaftsvorstände bei der Regierung persönlich vorstellig, um die Liquidierung der Knappschaftsvereine zu verhindern. Die Regierung hat ihren Entwurf vorläufig zurückgezogen, um vielleicht einige unbedeutende Veränderungen vorzunehmen. Die ober-schlesischen Bergarbeiter trauen aber der Regierung überhaupt nicht, denn als Arbeitsminister fungiert ein Regimentskommandeur. Andere Ministerposten sind ebenfalls von militärischen Größen besetzt, weshalb es auch verständlich ist, wenn befürchtet wird, daß die Faschisten die Oberhand in Polen bekommen. Schon heute sehen wir eine kommunistische Vertretung in vielen Kommunen, selbst in der Verwaltung der Wojewodschaft und in mehreren Krankenkassen. Der schlesische Sejm (Landtag) wurde nach Hause geschickt. Heute regiert eine „Rada Wojewódzka“ (Wojewodschaftsrat). Die Bergarbeiter müssen daher auf der Hut sein, um ihre traditionellen Knappschaftsrechte auch für die Zukunft zu behalten. Die letzte Knappschafts-Konferenz in Katowice bei Kattowitz nahm eine Entschließung gegen die Absichten der Regierung an, weiter wurde in jedem Knappschaftsprengel eine Belegschaftsversammlung einberufen, wo die Knappschaftsmitglieder von der Sachlage unterrichtet wurden. In allen Versammlungen wurde folgende Protestresolution angenommen:

I.

Artikel 79 des Gesetzesentwurfes geht grundsätzlich auf eine Liquidation der bestehenden Knappschaftsvereine in Schlesien hinaus trotz aller Versicherungen des Arbeitsministeriums, welche den Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern der „Spółka Bracka“ (Zarnowitzer Knappschaftsverein) gemacht worden sind. Die Regierung versucht, ihre Gesetzesvorlage mit aller Macht durchzusetzen trotz aller Proteste der Bergarbeiter, die in den Knappschaftskassen ihre Altersrenten sehen. Der Entwurf würde selbst dem Staate und seinen Interessen schaden. Die Bergarbeiter verlangen einen weiteren Ausbau der Knappschaftskassen durch Zuteilung der Agenturen für Alters- und Invalidenversicherung, was heute nicht der Fall ist. Artikel 79 tastet die erworbenen Bergarbeiterrechte an, versucht, sie zu schmälern oder gänzlich zu beseitigen. Wenn dieser Artikel in der gegenwärtigen Fassung bestehen sollte, dann wird man mit mancherlei politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wirren rechnen müssen.

Daher erheben wir energischen Protest gegen die gegenwärtige Fassung des Artikels 79 der neuen Regierungsvorlage und fordern

eine Veränderung im Sinne der vom Vorstand der „Spółka Bracka“ vorgeschlagenen Fassung.

II.

Wir fordern die vollständige Autonomie für die Knappschaftsvereine auf dem Gebiete der Finanzen und ihrer bisherigen Tätigkeit, ihrer Einrichtungen und Aufsicht, und zwar mit folgender Abänderung:

1. Die Beitragsleistung der Arbeitgeber und der Bergarbeiter erfolgt nach der Fassung der neuen Gesetzesvorlage (Artikel 185 und 192). Die Vorschriften über Knappschaftsvereine werden gestrichen und durch Artikel 185 und 192 der neuen Gesetzesvorlage ersetzt.
2. Die Zusammenlegung des Vorstandes erfolgt nach Artikel 41 der neuen Gesetzesvorlage. Die Vorschriften über die Knappschaftsvereine werden gestrichen und Artikel 41 der neuen Gesetzesvorlage wird entsprechend geändert.

III.

Wir fordern, daß die Unterstützungssätze der Wochenhilfe sowie der Versicherer und deren Familienmitglieder, wenn nicht erhöht, so mindestens in jetziger Höhe beibehalten werden, wobei der Anteil des Finanzamtes in der bisherigen Höhe verbleiben soll. Die Fassung der Gesetzesvorlage bezweckt eine bedeutende Kürzung der für Ober-schlesien geltenden Bezüge aus der Wochenhilfe usw. Dadurch werden die Krankenkassen, also die Versicherer selbst, noch stärker belastet.

IV.

Wir fordern unverzügliche Verschmelzung der Agenturen für Alters- und Invalidenversicherung mit den Knappschaftsvereinen, unter gleichzeitiger Veränderung des Artikels 79 gemäß dem Vorschlag des Knappschaftsvereins in Zarnowitz.

V.

Die Versammelten ersuchen, die knappschaftliche Versicherung baldigst zu erweitern und eine besondere Invaliditätsversicherung für Bergarbeiter als unzulässig zu erklären. Letztere ist für die Bergarbeiter völlig zwecklos. Die Beiträge zur allgemeinen Invaliditätsversicherung sind an die Knappschaftspensionskassen abzuführen, damit die Pension des Bergmanns höher bemessen

wird, weil der Bergmann gegenüber anderen Berufen viel eher invalide wird und oft in noch jungen Jahren nur auf die völlig unzureichende Knappschaftspension angewiesen bleibt, andernfalls werden von seinen Beiträgen zur allgemeinen Sozialversicherung nur andere Berufe Nutzen haben.

VI.

Die Versammelten ersuchen die Regierung, daß aus dem staatlichen Fonds für Knappschaftspensionen dieselben Zuschläge wie bei der allgemeinen Invalidenversicherung gezahlt werden.

Grubenunglücke in Polnisch-Oberschlesien.

Am 14. Juni ging auf der Größm-Sandgrube ein Abbauarbeiter zu Bruch und begrub die Bergarbeiter Josef Janyski, Walentin Schulla, Richard Janowski und Edward Wlarczyk. Es gelang, den ersteren noch lebend herauszubefördern und nach Kattowitz ins Knappschafts-Lazarett zu schaffen, während die anderen drei Verunglückten erst nach längerer Zeit als Leichen geborgen werden konnten. Raum hat man sie zur letzten Ruhe gebettet, als schon wieder die Kunde von einem neuen Unglück auf dem Ruchhofenschiefer bei Kattowitz die Bergmannsdiener durchdrang. Am 25. Juni, abends 9 Uhr, brach auch dort ein Abbauarbeiter zusammen und begrub vier Kameraden unter den Gesteinmassen. Die Bergarbeiter Konrad Bryzka, Robert Schary, Franz Rogelanga und Theodor Wlirrenga konnten auch nur als Leichen geborgen werden. Nur einer war lebig, die drei anderen waren verheiratet.

Die Jagd nach Kohlen treibt die Bergarbeiter in den Tod. Man hört heute nicht mehr auf die Warnungszeichen der Kohle und des eingebauten Soljes, sondern schuftet im Lärm der Rattschien, der Bohr- und Schrämmaschinen, bis man plötzlich vom Semmenmann zum Schicksalsschlag gezwungen wird. Was nützen heute alle Warnungen, wenn der Bergmann keine Zeit zu ihrer Befolgung hat? Von allen Seiten wird er doch zur Weiterförderung angehalten oder angetrieben. Will der Bergmann seine Knochen behalten, dann muß er auch die Bergpolizei-Vorschriften genügend beachten, wenn auch der Profit des Grubenbesitzers etwas magerer ausfällt. Aber nichts kann den Bergmann besser vor Gefahren und Rechtslosigkeit schützen, als eine durch hohe Mitgliedsbeiträge und gute Kassenergebnisse gefestigte Organisation.

Die Siegerländer Knappschaft im Jahre 1928.

Die Knappschaft zählte zu Ende des Jahres als Krankenkassenmitglieder 20 556 Arbeiter und 1391 Angestellte. Es feierten krank: 19 390 Arbeiter 548 848 Tage und 371 Angestellte 8713 Tage. Somit kamen auf einen Arbeiter 0,91, auf einen Angestellten 0,27 Krankheitsfälle und es entfielen auf einen Arbeiter 25,63 und auf einen Angestellten 6,32 Krankheitsstage. Ein Krankheitsfall dauerte im Durchschnitt bei den Arbeitern 26,31, bei den Angestellten 23,49 Tage. Die hauptamtlich angestellten 4 Krankenbesucher machten 23 250 Besuche, d. h. im Durchschnitt täglich 77. Dabei wurden 1506 Kranke zur Nachuntersuchung an einen Vertrauensarzt bzw. in ein Krankenhaus überwiesen. Von den zur Nachuntersuchung bestellten Mitgliedern meldeten sich sofort gesund 43 Prozent, durch den Begutachter wurden für arbeitsfähig erklärt 28 Prozent und arbeitsunfähig befunden 29 Prozent.

Die Arbeiterrentenkasse vereinnahmte 15 484 M. Erträge aus Kapitalanlagen und 3 620 970 M. Beiträge. Sie verausgabte als Krankenhilfe für Mitglieder: für ärztliche Behandlung 360 295 M., für Zahnbehandlung 64 021 M., für Arznei 178 837 M., für Krankenhauspflge 185 379 M., an Krankengeld 2 142 069 M., als Krankenpflege für Angehörige: für ärztliche Behandlung 334 218 M., für Zahnbehandlung 47 297 M., für Arznei 64 550 M., für Krankenhauspflge 152 035 M. Weiterhin wurden gezahlt für Wochenhilfe 135 073 M., als Sterbegeld 13 384 M., an Verwaltungskosten 103 291 M. Das Vermögen verminderte sich um 136 527 M.

Die Angestelltenrentenkasse vereinnahmte 3405 M. Erträge aus Kapitalanlagen und 182 926 M. Beiträge. Die Ausgaben betragen: Krankenhilfe für Mitglieder 103 722 M., Krankenpflege für Angehörige 66 284 M., Wochenhilfe 9777 M., Sterbegeld 1508 M. und Verwaltungskosten 6018 M. Das Vermögen verminderte sich um 975 M.

Die Arbeiterpensionskasse hatte zu Ende des Jahres 7521 Invaliden, 6383 Witwen und 3261 Waisen. Die Angestelltenpensionskasse zählte 357 Rußgebeldempfinger, 189 Witwen und 142 Waisen.

Die Arbeiterpensionskasse vereinnahmte: Beiträge 4 943 305 M., Anerkennungsgeldern 19 316 M., Vermögenserträge 19 958 M., als Zuschuß der Reichsknappschaft aus der Gemeinlast 3 773 979 M. Sie verausgabte: Pensionsleistungen 8 273 474 M., Bestattungsbeihilfen 98 645 M., Wöfnungen 13 320 M., für ärztliche Behandlung und für Arznei für Invaliden 143 108 M., Kosten des Rentenverfahrens 14 112 M., Kosten der Rechtsprechung 6661 M., Verwaltungskosten 176 666 M. Die Rücklage der Sonderlast betrug zu Ende des Jahres 438 101 M.

Die Angestelltenrentenkasse hatte an Einnahmen: Beiträge 770 560 M., Anerkennungsgeldern 1631 M., Vermögenserträge 1304 M., Zuschuß der Reichsknappschaft aus der Gemeinlast 75 848 M. Sie verausgabte: Pensionsleistungen 777 034 M., Bestattungsbeihilfen 6534 M., für ärztliche Behandlung und Arznei für Rußgebeldempfinger 6750 M., für Heilverfahren 19 320 M., Kosten des Verfahrens und der Rechtsprechung 1132 M., Verwaltungskosten 24 041 M. Die Rücklage der Sonderlast betrug Ende des Jahres 315 401 M.

An Reichrentenempfängern waren Ende des Jahres vorhanden: 2868 Invaliden, 198 Witwen und 969 Waisen.

Die Abteilung Invalidenversicherung vereinnahmte: Beiträge 1 900 620 M., Rufen 6618 M., Erträge 71 709 M., Ueberweisung der Reichsknappschaft 88 729 M. Sie verausgabte: Rentenleistungen 1 719 134 M., für Heilverfahren 191 392 M., für allgemeine Maßnahmen 23 165 M., für Verwaltung 80 336 M., Kosten des Verfahrens 14 293 M., Rentenrücklässe 38 308 M. Für Rechnung der Invalidenversicherung wurden 439 Heilverfahren, davon 372 mit Erfolg, durchgeführt.

Im Geschäftsverkehr der Knappschaft wurden im Laufe des Jahres zur Post gegeben: 43 379 einfache Briefe, 25 638 Postkarten, 23 004 Drucksachen, 470 Pakete, 574 Einschreibebriefe, 252 Briefe gegen Zustellungsurkunde, zusammen 93 317 Sendungen = 305 arbeitsmäßig. In Postkarten, hauptsächlich zu Pensions- und Rentenangelegenheiten, sind an das Postfachamt aufgegeben worden 180 249 = im Monatsdurchschnitt 15 020.

BUCHER

Ein Porträt von Karl Marx. Verlag: Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18. Papiergröße 60x75 cm, Bildgröße 41x46 cm, Preis 3 M.

Im Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18, erschien ein im Vierfarbendruck hergestelltes Bildnis von Karl Marx. Von dem Porträt ist ohne Ueberreibung zu sagen, daß es den Beobachter restlos gefangen nimmt. Nicht nur der große Denker und Lehrer, auch der glühende Mensch Marx tritt uns hieraus entgegen. Die Neuauflage des vom Maler Otto Friedrich ausgeführten Porträts wurde durch die Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, hergestellt. Diese Reproduktion gibt ein ehrenvolles Zeugnis von Oesterreichs graphischer Kunst.

Schluß des redaktionellen Teils.



Lassen Sie Ihr Maggifläschchen

nur aus MAGGI's großen Originalflaschen nachfüllen, in denen gesetzlich nichts anderes als MAGGI's Würze feilgehalten werden darf.

Bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, bei Stofs- und Nervenschmerzen, sowie bei Erkältungskrankheiten haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Von über 5000 notariell beglaubigten ärztlichen Gutachten bezeugen mehrere hundert neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit des Logal! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis 1,40.

0,46 Chin. 12,6 Lith. 74,3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

Konkurrenzlos mit Garantiescheln für 1 Jahr

Die Taschenuhr nur Mk. 2,90

Nr. 3 Deutsche Herran-Ank.-Uhr. 2.90, gen. regul. Werk, 15.000 Schläge, 2.90
 4 Goldschm. Uhr. 3.90, 15.000 Schläge, 3.90
 5. Deuts. Werk. 11. Sch. Form. 4.90
 6 Sprungschm. Uhr. 3.90
 7 Damenuhr. versilb. 2.00 Gold. M. 4.90
 8 Armabanduhr. Lederriem. M. 4.90
 Nickelkette M. 9.30. Doppelkette, echt versilbt. M. 1.20. Kapsel M. 0.25. Vers. geg. Nachh. Katalog gratis.

Uhrwerk Fritz Holnisch, Bronschweig 55, Gaisstr. 3
 Jahresumsatz zirka 15000 Uhren

Musikwaren aller Art, billig und gut! Zehnmal Nachbestellung sind d. beste Beweis!

Woll & Comp., Klingenthal Sa. Nr. 687
 Gr. Katalog m. 66. 600 Abb. Viele Taus. Danksch. Auftr. v. M 10.- an portofr. Schallpl. v. M 1.60 an.

Kastenwagen
 Untergestell pr. Eiche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft, 25 Mark franko.

Jos. Abel, Borsch-Gelsa (Thür.)

rubens-stube
 Nr. 40-46 gut beschlag. 2 Paar 18 Mark.
Schallstühle!
 Nr. 40-45, m. Kermleder Doppelschalen, 1 Paar 14 Mark, 2 Paar 27 Mark franko gegen Nachnahme. Zu jeder Bestellung gebe 1 Paar H. Rosen-träger gratis.

Georg Schmidt, Lederwarenfabrik
 Remagen am Rh. 55.

Schlesische Bettfedern-
 Fabrik Paul Meyer, Dellitzsch 79
 Prov. Sachsen, Angerstr. 4
 sendet Ihnen nur allerbeste, streng reelle Qualitäten

Bettfedern bedeutend billiger zu Fabrikpreisen.

Ferner **prima Bettinlett.**
 Prüfen Sie selbst und verlangen Sie Proben und Preisliste unsonst und portofrei.

150 versch. projektor. Matten,
 einzig in der Welt!
 Spezialapparate große Matten
 Gerstenfeldung sofort bezugsfähig.
 Kapf-Steinhaus, Weimar i. Th. 531

BUCHER aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorteilhaft durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum.

Für Hygien- und Gummil-waren und sanit. Artikel Wiederverkaufte gesucht.

O. Graumann, Hamburg 24 B, Steinstr. 6

Musikinstrumente und die besten, haben den besten Klang. Inhaber der Bergbau-Zeitung

Georg Schmidt, Lederwarenfabrik
 Remagen am Rh. 55.

150 versch. projektor. Matten,
 einzig in der Welt!
 Spezialapparate große Matten
 Gerstenfeldung sofort bezugsfähig.
 Kapf-Steinhaus, Weimar i. Th. 531

